Mittwoch, den 8. November 1922. 94. Jahrgang. — Nr. 262.

Bochumer Zeitung
Märkischer Sprecher

Bezugspreis: In Bochum u. Umgebung monatlich 320.— Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 960.— Mk., monatl. 320.— Mk. frei Haus. — Erscheint an allen Werktagen morgens. — Für unverlangte Einsendungen haftet die Schriftleitung nicht. Rückporto ist beizufügen. Im Falle v. höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung od. Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Kostenlose Unfall-Unterstützung von 2000 Mark gemäß unseren Bedingungen.

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum
Druck und Verlag: Buchdruckerei Wilh. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Geschäftsstelle: Buddenbergstr. 11, Fernsprecher 125. — Postscheckkonto Dortmund Nr. 3695.
Schriftleitung: Buddenbergstr. 4. Fernsprecher 3875.

Anzeigenpreis: Im Verbreitungsbezirk 7,00 Mk., Familienanzeigen 6,00 Mk., Stellengesuche 5,00 M.; außerhalb 9,00 Mk., für 1 mm Höhe und 33 mm Spaltenbreite; im Reklameteil 77 mm Spaltenbreite, für 1 mm Höhe 32.— Mk. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Beilagengebühr nach Uebereinkunft. — Bei zwangsweiser Beitreibung der Einrückungsgebühren durch Klage oder in Konkursfällen wird der bewilligte Rabatt hinfällig. — Annahmeschluß von Anzeigen abends 7 Uhr, für größere nachmittags 4 Uhr.

Das Geheimnis der Antwortnote.

Halbamtlich sagt „W. T. B.“:

„Ueber den Inhalt der Antwort der Reparationskommission kann noch nichts gesagt werden. Die Note schlägt noch keine Tür zu, sondern eröffnet die Möglichkeit weiterer Verhandlungen.“

Zu gleicher Zeit sagt ein bekanntes Berliner Mittagblatt, „daß die Kabinettssitzung über neue Vorschläge einig geworden sei, die der Reparationskommission Mittwoch früh überreicht werden.“

„Auf Grund dieser Vereinbarung mit der Reparationskommission wird die Antwort überhaupt nicht veröffentlicht werden.“

Was die Pariser Zeitungen über die Antwortnote ausplaudern.

Die Berliner Meldungen der Pariser Morgenblätter besagen, daß die Reparationskommission eine offiziöse und eine offizielle Sitzung abgehalten habe, um den Text der Antwort an die deutsche Regierung, die derselben sofort übermittelt worden ist, festzustellen. Diese Antwort bezieht sich auf folgende zwei Punkte:

1. Sie erinnert Deutschland an die im Juli übernommene Verpflichtung, die schwebenden Schulden über den Stand vom März hinaus nicht zu erhöhen.

2. Die deutschen Vorschläge sind als ungenügend bezeichnet. Es sei Sache der deutschen Regierung, genaue Angaben zu machen, welche Maßnahmen sie für erforderlich erachte, und vor allen Dingen, welche Garantien sie biete für die von ihr als unvermeidlich bezeichnete Anleihe.

Das „Echo de Paris“ bezeichnet es als ziemlich wahrscheinlich, daß der Reichskanzler seine Haltung ändern wird. Es meint, daß die für Dienstag angesetzte Besprechung des Reichskanzlers mit den Parteiführern sehr erregt werde.

Die Pariser Zusage des Finanzministers Dr. Hermes.

Die „Telegraphen Union“ erfährt aus gut informierter Quelle, daß zwar in der Antwortnote das Wort „Finanzkontrolle“ vermieden worden ist, daß aber die Reparationskommission sich ausdrücklich auf die Zusage berufe, die ihr bei den Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes in Paris gemacht worden sind und die sich auf die Gestellung von Räumen und Personal für das einzurichtende Garantiekomitee über die deutschen Finanzen beziehe. Weiter wird auf die nicht eingehaltenen Zusagen bezüglich der schwebenden Schuld verwiesen. Im übrigen werden die bekannten Präzisionen und Erweiterungen gefordert.

Eine neue Note der deutschen Regierung.

Nach einer Berliner Meldung soll in der Kabinettsitzung von Dienstag vormittag beschlossen worden sein, der Reparationskommission eine Note zu übermitteln, in der die ersten deutschen Vorschläge im einzelnen weiter ausgeführt werden sollen. Diese Möglichkeit sei dadurch gebaten, daß, wie das Blatt schreibt, positive Anerbieten aus den Kreisen der ausländischen Bankleute die zur Zeit als Teilnehmer an den Sachverständigenberatungen in Berlin weilen, vorliegen.

Die deutschen Kohlenlieferungen.

Dem „Börsenkurier“ zufolge sind die Verhandlungen der Reparationskommission über die deutschen Kohlenlieferungen Dienstag mittag zum Abschluß gekommen. Die Kommission beschränkte sich darauf, die Informationen der deutschen Sachverständigen über die Lage der deutschen Kohlenwirtschaft entgegenzunehmen. Beschlüsse seien noch nicht gefaßt worden.

Das Zentrum steht hinter Wirth.

Gegenüber den Pariser Meldungen über Unstimmigkeiten zwischen Reichskanzler Dr. Wirth und Reichsfinanzminister Dr. Hermes schreibt die „Germania“, das Berliner Hauptorgan des Zentrums:

„Die Vorschläge, die die deutsche Regierung der Reparationskommission gemacht hat, sind einstimmig gefaßt und in den offiziösen Kundgebungen als Vorschläge der Gesamtregierung bezeichnet worden. Die Oeffentlichkeit ist also berechtigt, anzunehmen, daß es sich hier um einstimmig gebilligte Vorschläge der gesamten deutschen Regierung handelt und daß die anderslautenden Gerüchte bestimmten Zwecken dienen oder die Verhandlungen mit der Reparationskommission stören sollen. Mit der Feststellung, daß die Haltung der Regierung durch einstimmigen Beschluß des Kabinetts festgelegt worden ist, ist den Zweckmeldungen über die angeblichen Meinungsverschiedenheiten und Differenzen der Boden entzogen. Wenn wir das feststellen, haben wir noch folgendes hinzuzufügen: Der Träger der Politik, die wir seit Mai 1921 verfolgen und von der die Verhandlungen mit der Reparationskommission einen wesentlichen Teil bilden, ist Reichskanzler Dr. Wirth. Das Zentrum stützt diese Politik und betrachtet den gegenwärtigen Reichskanzler als seinen Vertrauensmann, was die zuständigen Instanzen der Partei vor kurzem noch in einer Entschließung klar und deutlich zum Ausdruck gebracht haben. Was für Pläne und Absichten die Erfinder und Verbreiter der Gerüchte über Differenzen in der Regierung und ihre Folgen auch immer bezwecken mögen, sie werden gut tun, das Zentrum nicht als unterstützenden Faktor in ihre Reihen einzustellen.“

Die neue Krise.

Von besonderer volkswirtschaftlicher Seite.

Der deutsche Vorschlag hat in Paris und London Enttäuschung hervorgerufen. Tatsächlich ist er ja nichts anderes, als ein Versuch, die deutsche Mark mit untauglichen Mitteln zu befestigen.

Gegen den Gedankengang der deutschen Denkschrift, daß die Befestigung der Mark das wichtigste Problem sei, ist nichts einzuwenden. Nur ist nicht klar, wie das durch eine verhältnismäßig geringe Auslandsanleihe erreicht werden soll. Es spielt auch dabei die verhängnisvolle Täuschung mit, als sei die Befestigung der Mark wesentlich ein währungstechnisches Problem. Der Notenumlauf in Deutschland beträgt nunmehr 500 Milliarden Mark. Er ist seit dem Sommer von Woche zu Woche in gewaltigen Sprüngen gestiegen. Ende Juni betrug er noch 169 Milliarden Mark, am 31 Oktober genau 469, also 300 Milliarden Mark mehr. Gleichzeitig stieg die schwebende Schuld von 185 auf 477 Milliarden Papiermark.

Wie soll angesichts dieser Finanzpolitik die Auslandsanleihe von 500 Millionen Goldmark die Kraft und Fähigkeit besitzen, den Markkurs zu halten und zu befestigen? Die Entwertung der Mark ist kein währungstechnisches, sondern ein wirtschaftspolitisches Problem ersten Ranges. Wenn die Entwertung der Mark rein in den Vorgängen der Zahlungsbilanz gesucht wird, so haben die Zwangsmaßnahmen, wie Einfuhrsperren und Devisenverordnung gezeigt, daß hier ein großer Irrtum vorliegt. Gewiß, die Entwertung der Geldzeichen ist nicht nur auf die Steigerung des Banknotenumlaufs zurückzuführen. Auch das ist nur eine Wirkung, keine Ursache. Der Fehler unserer Finanz- und Wirtschaftspolitik liegt erheblich tiefer. Er ist in dem Mißverhältnis zu suchen, das zwischen Verbrauch und Erzeugung besteht.

Zunächst tritt das sinnfällig in Erscheinung, daß der Ertrag der Wirtschaft nicht entfernt ausreicht, um Steuern und Zölle in einer Höhe aufzubringen, die die an sich übermäßig hohen Kosten der Reichsverwaltung deckt. Wenn auch die Einnahmen in diesem Haushaltsjahr 400 Milliarden Papiermark oder noch mehr erreichen, so sind das auf Goldmark umgerechnet noch nicht ein Milliarde Mark. Es ist auf der anderen Seite unbestritten, daß ein weiteres Anziehen der Steuerschraube unmöglich ist, da jede Umdrehung nur die wertlose Papiergeldflut erhöhen würde. Hilfe kann im Innern allein nur dadurch kommen, daß endlich der Bruch mit der verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik erfolgt, die wir seit vier Jahren treiben. Das ist die Voraussetzung jeder Auslandsanleihe, umsomehr, als das Auslandskapital Sicherheiten für den Zinsendienst verlangt, Sicherheiten, die nicht etwa in formalrechtlichen Beschlüssen des Reichstags bestehen.

Der deutsche Vorschlag ist deshalb nicht nur für das Ausland, vielmehr auch für das Inland eine Enttäuschung. Er hätte nur dann Wert, wenn die Reichsregierung gleichzeitig ihren festen Willen zum Ausdruck gebracht haben würde, die Rettung nicht in der Auslandsanleihe, vielmehr in der Steigerung der deutschen Erzeugung zu suchen. Wenn das geschähe, so könnte die Auslandsanleihe ein Behelf sein, immer vorausgesetzt, daß der Auslandsgeldmarkt das Maß von Vertrauen aufbrächte, das für jede Anleihe erforderlich ist.

Das Gleichgewicht im deutschen Reichshaushalt stellt sich nicht sofort ein, wenn in Newyork und London die deutsche Anleihe überzeichnet wird. Wir würden ja auch vom Ertrag der Anleihe nicht eine Mark bar hereinbekommen, sondern dieser würde dann nur dazu dienen können, ausländische Forderungen für Rohstofflieferungen abzugleichen. Daraus geht schon hervor, daß der Auslandsanleihe keine dauernde Wirkung beschieden sein kann, wenn im Inland keine Anstrengungen gemacht werden, um den rasenden Wertverlust der Wirtschaft abzuhelfen. Das Ausland sieht Deutschland so, wie es ist, nicht aber so, wie es die parteisozialistische Ueberheblichkeit glauben machen möchte.

Das Ausland sieht, welche ungeheuren Energien in der parteisozialistischen Umstellung von Verwaltung und Wirtschaft vergeudet werden. Als ob es den deutschen Kredit verbessern könnte, daß im Reich und in den Ländern sozialistisch und demokratisch „regiert“ wird, während gleichzeitig die Erzeugungsstatistik einen allgemeinen Rückgang der Kopf- und Gesamtleistung verzeichnet. Wenn ein großes Industrieunternehmen sich gezwungen sieht, im Jahresbericht festzustellen, daß die Arbeitsleistung der Belegschaft um 50 vom Hundert zurückgegangen sei, so macht das im Ausland tieferen Ein-

Kabinettsrat über die deutsche Antwort.

TU. **Berlin**, 7. Nov. Das Reichskabinett ist Dienstag vormittag schon vor 10 Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten. Man dürfte über die grundsätzliche Stellung der Reichsregierung zu den Forderungen der überreichten Note der Reparationskommission beraten.

Von dem Ausgang dieser Beratung wird es dann abhängen, ob die Note bald veröffentlicht werden wird. Nach unseren Erkundigungen sind die verbreiteten Gerüchte, daß die Antwort der Reparationskommission einen Verhandlungsabbruch darstelle, nicht zutreffend. Die Antwort der Reparationskommission gibt durchaus der Weiterberatung, auch den Grundfragen der Markstabilisierung, Raum und es ist nicht anzunehmen, daß die Reparationskommission vor Ende der Woche abreist. Die Abreise am Wochenende wird dem Programm durchaus entsprechen, das die Reparationskommission schon bei ihrer Ankunft in Aussicht gestellt hat. Die Herren hatten von Anfang an das Ende dieser Woche als Schlußtermin für ihren Aufenthalt in Berlin angesehen. Es ist anzunehmen, daß die Reparationskommission Donnerstag mit der Reichsregierung weiter verhandeln wird, um die endgültige Stellungnahme bezüglich der Stabilisierung der Mark und der schwebenden Schuld zu vereinbaren.

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages ist, einer Meldung unseres parlamentarischen Mitarbeiters zufolge, für Freitag vormittag einberufen worden.

Besoldungsfragen vor dem Reichsrat.

Der Reichsrat stimmte am Montag abend den Beschlüssen des Reichstages zur Abänderung des Angestelltenversicherungsgesetzes zu. Angenommen wurde ferner der 6. Nachtragsetat. Durch diesen werden die Teuerungszuschläge für die Beamten um weitere 30 auf 49 Prozent erhöht. Der Kredit für die Reichshauptkasse wird auf 500 Milliarden gesteigert.

Der Reichsrat beschäftigte sich weiter mit den von der Reichsregierung aufgestellten Grundsätzen für die Gewährung örtlicher Sonderzuschläge für Beamte auch an besonders teuren Orten, nämlich Berlin, Hamburg, Mannheim, Ludwigshafen, Frankfurt am Main und großen Orten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes. Der Zuschlag soll 10 Proz. des Grundgehaltes betragen. Dafür fällt die Wirtschaftsbeihilfe fort. Die Besatzungszulage bleibt unverändert bestehen.

Bayern erklärte sich grundsätzlich gegen die Vorlage, verlangte aber mindestens die Ausnahme von München. Dieser Antrag wurde abgelehnt, die Vorlage selbst gegen die Stimmen Bayerns, Hessens, Anhalts, Bremens, Lübecks und Mecklenburg-Strelitz angenommen.

Stresemann über die Politik der Deutschen Volkspartei.

Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann sprach in Dresden über die schwebenden politischen Fragen und erklärte, die Deutsche Volkspartei würde nur dann in die Regierung eintreten, wenn eine Verständigung über die Außenpolitik und über verschiedene Wirtschaftsfragen erfolgt sei, vor allem über die Rückkehr zur Qualitätsarbeit und die Beseitigung der Gleichstellung jugendlicher und ungelernter Arbeiter mit gelernten und leistungsfähigen. Der Achtstundentag müsse zwar die Norm bleiben, aber Arbeitgeber und Arbeitnehmer müßten ohne behördliche Einmischung Ueberstunden vereinbaren dürfen.

Die Deutsche Volkspartei denke nicht daran, die Verantwortung mit zu übernehmen, wenn die Regierung nicht den Mut habe, dem Volke zu sagen, daß es so nicht weitergehe. Wenn das Parlament nicht mitmache, müßte die Volkspartei über dasselbe hinweg an das Volk appellieren. Die Losung würde sein: Freiheit und Mehrarbeit.

Keine Arbeitsruhe am 9. November.

Die dem Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände angeschlossenen Organisationen lehnen die Arbeitsruhe am 9. November ab und überlassen es ihren Mitgliedern, ob sie an diesem Tage an Abendfeierlichkeiten teilnehmen wollen.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes und die deutsche Industrie.

Pariser Blätter beziehen sich in ihren Meldungen über die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichskanzler Dr. Wirth und dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes in der Frage des Höchstmaßes der deutschen Leistungen auffallenderweise auf ein Einvernehmen, das angeblich zwischen Dr. Hermes und maßgebenden Kreisen der deutschen Industrie in der Frage der Reparationsleistungen geschehen soll.

Wie die Telegraphen-Union hierzu aus Kreisen der Wirtschaft erfährt, kann von einem derartigen Einvernehmen zwischen dem derzeitigen Reichsfinanzminister Dr. Hermes und maßgebenden Industriekreisen, die sich selbstverständlich mit dem Reparationsproblem beschäftigt haben, keine Rede sein; vielmehr bestehen zwischen den Entwürfen des Reichsfinanzministers, auch soweit diese in der Denkschrift der Reichsregierung zur Geltung kommen, und zwischen den Ansichten, die von jeher von den maßgebenden deutschen Wirtschaftskreisen hinsichtlich der erwähnten Frage vertreten wurden, ausgesprochene Gegensätze.

Das angebliche Hochzeitsgeschenk des Kaisers.

Der Generalbevollmächtigte des ehemaligen Kaisers von Berah bittet um Veröffentlichung folgender Berichtigung:

„Der „Vorwärts“ bringt in seiner Morgenausgabe vom 31. Oktober die Nachricht, daß der Kaiser als Hochzeitsgeschenk für seine Gemahlin bei mehreren Berliner Juwelierfirmen einen kostbaren Schmuck in Auftrag gegeben habe, dessen Hauptstück, ein Brillantdiadem, von Fachleuten auf 800 Millionen Mark geschätzt worden sei. An diese Nachricht werden verschiedene Bemerkungen herabsetzender Art geknüpft, auch Betrachtungen über die Abfindungsfrage und ein etwa vorliegendes Vergehen gegen das Kapitalfluchtgesetz.

Ich stelle fest, daß das Hochzeitsgeschenk des Kaisers für seine Gemahlin weder aus einem Diadem noch aus einem anderen wertvollen Schmuck besteht, sodaß ein solcher weder neuangefertigt noch erworben worden ist. Nachfragen bei den in Betracht kommenden Juwelieren haben ergeben, daß die Schmuckgegenstände, auf die der Vorwärtsartikel scheinbar anspielt, für Privatpersonen bestimmt sind, die in keinerlei Beziehung zum Kaiser und zum Hause Doorn stehen. An der ganzen Nachricht des „Vorwärts ist hiernach kein wahres Wort.“

Nun hat der „Vorwärts“ zu dieser schönen Ente, die den Weg durch alle sozialistischen Blätter machte und Veranlassung zu einer „Kleinen Anfrage“ der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gab, das Wort.

Die Währungskatastrophe im Saargebiet.

Von unserem saarländischen Mitarbeiter.

Der Währungsdualismus in Verbindung mit der jüngsten Markkatastrophe hat an der Saar Zustände geschaffen, die jeder Beschreibung spotten. Die Bevölkerung weist mit Recht darauf hin, daß es die Schuld der Saarregierung ist, die durch ihre Frankenpolitik diese Verhältnisse geschaffen hat. In der saarländischen Presse wird hervorgehoben, daß die Regierungskommission des Saargebiets in den letzten drei Jahren Hand in Hand mit der französischen Regierung rücksichtslos die Interessen des größten Teiles der Saarbevölkerung preisgegeben hat, indem sie für die Ausbreitung der Frankenwährung eintrat. Ziffernmäßig wird die Verelendung des größten Teils der Saargebietsbevölkerung nachgewiesen. Wie es den Einzelnen ergeht, so ergeht es auch den Gemeinden, die sich haben zwingen lassen, die Löhne und Gehälter der Arbeiter in Franken auszuzahlen, während ihre Frankeneinnahmen nur gering sind. Einen Etat aufzustellen, ist unmöglich, noch unmöglicher, ihn zu balancieren. Es wird die Beseitigung des Dualismus verlangt und die Einheitswährung gefordert.

Wie es heißt, wird die Saarregierung dem Landesrat bei seinem Zusammentritt am 15. 11. eine Vorlage über die Einführung einer Einheitswährung vorlegen. Es wird vermutet, daß sie sich für die Verdrängung der Mark aussprechen wird.

druck als jede sozialistische Vorherrschaft in der Regierung.

Der deutsche Vorschlag enthält nichts darüber, wie das Gleichgewicht im Haushalt hergestellt werden soll. Ohne dieses Gleichgewicht ist jede Befestigung der Mark unmöglich. Das Ausland traut offenbar der Regierung Wirth die dazu erforderliche Kraft und Unabhängigkeit nicht zu. Die Regierung Wirth blieb am Ruder, obschon sie nach sieben Monaten den Zusammenbruch ihrer Erfüllungspolitik selbst zugeben mußte. Inzwischen hat die Regierung Wirth wiederholt die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands erklärt, aber immer wieder alle aufgelaufenen Forderungen erfüllt. Das war die berühmte Taktik der Atempause. Auch die Auslandsanleihe ist nichts anderes als ein Versuch, diese Taktik fortzusetzen. Soweit Bürgschaften für ihre Sicherheiten angeboten werden, bestehen sie nicht in der Ertragssteigerung der deutschen Wirtschaft, sondern in der **Pfandverstrickung des Reichsbankgoldes!**

Es scheint also, daß die sozialistischen Mitglieder der Regierung mit ihrer Auffassung durchgedrungen sind, daß die Befestigung der Mark am zweckmäßigsten mit der Verpulverung der letzten Vermögensbestände des deutschen Volkes geschehe. Einstweilen ist der deutsche Vorschlag nur ein Vorschlag. So wie er heute ist, hat er noch keine Aussicht auf Annahme.

Ein deutscher Zeppelin für Amerika.

Von unserem Friedrichshafener Mitarbeiter.

In Friedrichshafen ist der Zeppelin-Luftkreuzer, der als Reparationsluftschiff der amerikanischen Marine zugeteilt worden ist, auf Kiel gelegt worden. Mit der Fertigstellung des Luftkreuzers ist kaum vor dem August nächsten Jahres zu rechnen, da die amerikanische Regierung, die eine Sachverständigenkommission nach Deutschland gesandt hat, der Werftleitung eine Anzahl von Sonderwünschen geäußert hat.

Der Luftkreuzer, der einen Rauminhalt von 70 000 Kubikmetern erhält, wird nach den neuesten Erfahrungen der Zeppelinwerft gebaut werden und voraussichtlich eine noch höhere Geschwindigkeit erhalten, als die früher hergestellten Schwesterschiffe. Bezüglich des Baues sind noch eine Reihe von Einzelfragen zu regeln, so besonders, ob das Schiff mit Motoren ausgerüstet wird, die noch aus dem Kriege stammen oder ob entsprechend einem Wunsche des amerikanischen Marineamtes neue Maybachmotore eingebaut werden sollen.

Nach seiner Fertigstellung, voraussichtlich noch im nächsten Herbst, wird dann der Luftkreuzer, wenn die Probefahrten zur Befriedigung ausfallen, die Luftreise nach Amerika antreten. Es ist beabsichtigt, das Schiff zuerst nach Spanien zu steuern, wo an der Küste eine Zwischenlandung vorgenommen wird, um die Brennstoffvorräte zu ergänzen. Von dort soll dann der Ozean überflogen und der Zeppelin entweder auf dem Landwege oder an der Küste entlang, nach einem nordamerikanischen Hafen überführt werden.

Während der Ueberfahrt wird eine amerikanische Kommission an Bord des Luftschiffes sein, um Erfahrungen für die Bedienung des Schiffes zu sammeln. Man rechnet damit, daß das Schiff von Friedrichshafen bis zur Küste etwa 70 Stunden Fahrzeit benötigen wird.

Nitti über den Raub Oberschlesiens.

Der frühere italienische Ministerpräsident Francesco Nitti veröffentlicht in E. D. Morels „Foreign affaires" einen berechtigtes Aufsehen erregenden Artikel über „den Plan der Vernichtung Deutschlands", in dem er u. a. über den Raub Oberschlesiens sagt:

„Oberschlesien war deutsches Gebiet, und die polnische Bevölkerung wurde zum großen Teil zur Bergwerks- und Landarbeit hereingezogen. Die Abtretung Oberschlesiens an Polen ist vergleichbar mit der Lage, die entstehen würde, wenn Italienische, deutsche oder irische Emigranten die Stadt Newyork von den Amerikanern verlangen sollten. Die Volksabstimmung fiel zugunsten Deutschlands aus trotz der Unterdrückung durch die Alliierten, trotz der vielfach bewiesenen Korruption, trotz des verbrecherischen Treibens des Banditenführers Korfanty, der gerade jetzt die Herrschaft im neuen Polen zu erlangen sucht. Die Entente beging eine viel größere Vertragsverletzung mit der Nichtachtung dieses Volksabstimmungsresultates als Deutschland mit der Verletzung der belgischen Neutralität. Sie zerschnitt Oberschlesien in der schrecklichsten Weise und zerschlug seine Wirtschaftsorganisation."

Nitti kommt sodann zu nachfolgendem, geradezu vernichtendem Urteil der bestehenden Ententepolitik:

„Ein solches Programm dient nicht nur dazu, Deutschland zu ruinieren und zu Boden zu werfen, sondern es bringt das Leben Europas in Bedingungen, unter denen die Moral von Taschendieben und Plünderern täglich mehr Einfluß gewinnen wird, bis irgend ein uninteressierter Protektor gefunden werden kann. Die amerikanische Demokratie und die Demokratie der ganzen Welt muß schließlich erkennen, daß sie nicht nur alles moralische Ansehen, sondern früher oder später jede wirtschaftliche Blüte verlieren muß, wenn nicht ein Ende mit dieser Politik der Vergewaltigung und Dummheit gemacht wird."

Die Pariser Kammer über die deutsche Mark.

In der Pariser Kammer stellte der Abg. Blum mit Bedauern fest, daß die Besetzung des Rheinlands bis jetzt die Gesamtheit der deutschen Zahlungen verschlungen habe und erklärt, Deutschland werde erst wieder Vertrauen zu sich selbst haben, wenn es bemerken werde, daß man im Auslande seine Lage unparteiisch, so, wie sie sei, beurteile. Er glaube nicht daran, daß eine interalliierte Kontrollmaßnahme den Ausgleich des deutschen Budgets sicherstellen könne, weil der Wert der Mark nicht stabil sei. Um die Mark zu stabilisieren, müsse man die Inflation einstellen. Um das deutsche Geld zu valorisieren, genüge nicht einmal, über die Goldreserven der Reichsbank zu verfügen, hierzu sei ausländische Geldhilfe nötig. Das Reparationsproblem könne nicht mehr, weder durch Frankreich noch durch Deutschland geregelt werden. Alle Nationen müßten angesichts der gemeinsamen Gefahr die erforderliche Maßnahme ergreifen, nämlich die Ausgabe eines internationalen Geldes, das in allen Staaten kursfähig ist. Blum ist davon überzeugt, daß alle von der Katastrophe bedrohten Nationen ein Interesse daran hätten, eine Kreditanstalt aufzubauen zur Valorisierung aller Währungen. Senator Berenger schlage eine Reparation in natura vor, zahlbar durch von einem internationalen Organismus garantierte Werte. Der Abgeordnete sagte, um diese Operation durchzuführen, müßten allerdings alle Regierungen begreifen, daß es des Friedensgeistes bedürfe, nicht nur bei den nationalen, sondern auch bei den internationalen Angelegenheiten.

Die Mißwirtschaft der sowjet-russischen Finanzen.

Von unserem russischen Mitarbeiter.

Nach Meldungen aus Moskau tagte dort in den letzten Tagen eine Finanzkonferenz, die sich mit der Finanzlage Rußlands beschäftigte. Der Vertreter des Finanzkommissariates, Wladistroff, erklärte, daß der gesamte Finanzapparat der Sowjetregierung außer Ordnung sei und daß er unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht wieder in Ordnung gebracht werden könne. Der einzige Ausweg, der noch übrig bleibt, bestehe darin, den Provinzen finanzielle Autonomie zu verleihen und sie zu ermächtigen, selber Steuern einzuziehen und sie für lokale Bedürfnisse zu verwenden, da die Zentralregierung nicht mehr in der Lage sei, die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Lenin sandte der Konferenz ein Telegramm mit der Feststellung, daß, wenn es nicht gelingt, das Finanzproblem zu lösen, Rußland in volle Abhängigkeit vom auswärtigen Kapital geraten müsse.

In diesem Zusammenhange bringt sogar das Pariser „Echo de Paris" eine stark sensationell anmutende Meldung aus Stockholm, wonach Lenin den Delegierten des linken kommunistischen Flügels erklärt haben soll, daß die Sowjetregierung sich veranlaßt sehen würde, den freien Handel in Rußland wieder zu verbieten.

Der Kongreß der Vertriebenen.

Von unserem Berliner Vertreter.

Der Kongreß, der am Sonntag in der Scala von den Vertretungen der vertriebenen Auslanddeutschen einberufen worden war, lenkt die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf eine Frage, die bisher recht nebensächlich behandelt worden ist, nämlich die Frage der produktiven Fürsorge für diejenigen Deutschen, welche in Wirklichkeit durch den Vertrag von Versailles am allerschwersten getroffen worden sind.

Aus dem Auslande und aus den Kolonien sind etwa eine halbe Million, aus Elsaß-Lothringen über eine Viertel-Million, aus Posen und Westpreußen etwa eine Million, und viele Zehntausende sind aus anderen Gebieten vertrieben worden, deren Zahl sich trotz der beginnenden Rückwanderung nach dem Auslande auch heute noch weiter vermehrt; wir brauchen bloß an Oberschlesien zu denken. Die Mehrzahl aller dieser hat Hab und Gut und Erwerbsmöglichkeit im Auslande verloren. Sie sind es, welche den größten Teil der Zahlungen auf Grund des Friedensvertrages von Versailles geleistet haben.

Die Schadenersatzanmeldungen im Wiederaufbauministerium beziffern sich auf nicht weniger als achtzehn Milliarden Goldmark. Es ist ausgeschlossen, daß die deutsche Regierung diese Beträge ersetzt, weil es kein Zahlungsmittel gibt, in dem derartige Leistungen überwiesen werden könnten. Bisher sind auf Grund der Liquidationen dem Reich eine Milliarde Mark erst gutgeschrieben worden, und es sind weitere vier bis fünf Milliarden Goldmark noch als Gutschrift zu erwarten. Eine Milliarde Goldmark allein ist gleich etwa 1½ Milliarden-Milliarden Papiermark, die Regierung will jedoch für die Liquidationsschäden höchstens neunzig Milliarden Papiermark aussetzen.

Darauf kommt es jedoch im Augenblick nicht an. Man hat fast vier Jahre verstreichen lassen, ohne daß man das Geringste für die Vertriebenen getan hätte. Man hat zur Entschädigung der Verdrängten einen riesenhaften bürokratisch, juristisch aufgezogenen Apparat gegründet, dessen Leistung gleich Null ist. Und hiergegen richtete sich im wesentlichen die Entrüstung der Auslanddeutschen. Man behandele sie als Almosenempfänger, als Hochstapler, man mache ihnen gleichsam die Tatsache ihrer Not zum Vorwurf und beruhige sie mit den Ergebnissen einer verwickelten Inquisition, deren Ergebnis sich beispielsweise an der Entschädigung der aus Rußland verdrängten Deutschen zeigt. Diese sollen für ihr verlorenes Eigentum nur die Hälfte des Friedenswertes nebst einigen Zuschlägen erhalten, das sind für den Goldrubel etwa 0,001 Mark.

Es wäre Aufgabe der Regierung gewesen, gerade diese Frage vor anderen mit einiger Aufmerksamkeit, mit einigem Interesse und Verantwortlichkeitsgefühl zu behandeln. Das Auslanddeutschtum, mag es nun in Uebersee oder in Europa seßhaft gewesen sein, war die Grundlage des Absatzes unserer Industrieprodukte, die Auslanddeutschen waren die Schrittmacher der deutschen Arbeit, was sie verdienten, was sie leisteten, kam letzten Endes der deutschen Wirtschaft früher oder später zugute. Sie verwalteten die deutsche Kapitalsanlage im Auslande, die schon vor dem Kriege auf dreißig Milliarden Mark Gold geschätzt wurde. Die deutsche Wirtschaft kann nicht eher eine Rente abwerfen, bis die Auslandanlagen wieder hergestellt worden sind, bis wieder die kaufmännische Vertretung des deutschen Wirtschaftslebens in Gang gebracht worden ist.

Die Regierung aber hat sich dieser ihrer wichtigsten Aufgabe auf dem Gebiete der Handels- und Wirtschaftspolitik mit formalen Ausflüchten entzogen, hat große Politik gemacht, wo es galt, zu handeln. Der Kongreß brachte die allgemeine Empörung über die hier verfolgte Politik zu lebendigem Ausdruck. Man hätte nicht nur Millionen, man hätte Milliarden sparen können, wenn man schnell und entschlossen gehandelt und eingegriffen hätte. So wie man gearbeitet hat, hat sich das Geld, das zur Verfügung gestellt wurde, entwertet, ehe es ausgezahlt wurde, und man hat den Auslanddeutschen nicht geholfen; denn für das, was schließlich gezahlt wurde in einem Falle hat man nach monatelangem Warten einem Geschädigten sage und schreibe vier deutsche Reichspapiermark ausgezahlt, ist heute einfach nichts mehr käuflich.

Es wäre hohe Zeit, daß sich die politischen Parteien einmal dieser Frage annehmen würden. Aber auch sie beweisen eine Interesselosigkeit, die keinen ehemals im Auslande tätigen Deutschen veranlassen dürfte, für das Deutschland der Gegenwart so tatkräftig einzutreten, wie das früher die selbstverständliche Regel war.

Kirche und Schule.

Der „Bund f. d. fr. evangel. Volkskirche"

hielt am Sonntag in Dortmund seine diesjährige Herbsttagung ab. Annähernd tausend Vertreter und Vertreterinnen aus ganz Westfalen, darunter viele Geistliche und Religionslehrer, lauschten nach vorhergegangenem Festgottesdienst in der Johanneskirche, in der Pfarrer Sebold die Reformationspredigt hielt, in der im „Evang. Gemeindehaus Johanneum" stattgefundenen großen Versammlung den Festrednern: Pfarrer Krause über: „die neue Verfassung und unsere Pflicht zur Kirchenpolitik" und Rektor Daubeuspeck über „Präambel und Religionsunterricht". Die vom Geiste der Versöhnung getragenen Vorträge, zu denen noch etwa 1 Dutzend Redner und Rednerinnen Stellung nahmen, fanden ihren Höhepunkt in drei einstimmig angenommenen Entschließungen, die an die evang. Provinzial-Synode von Westfalen an das Konsistorium und an General-Superintendent Zöllner gerichtet, einmütig die Bitte und das Verlangen aussprechen, daß

1. der kommende Neuentwurf der rhein.-westfäl. Kirchenordnung, bevor er von der Provinzial-Synode endgültig festgestellt wird, zunächst den einzelnen Gemeinden bekannt wird, damit auch sie ihrerseits Wünsche und Anträge zu den kirchlichen Aufbauplänen zur Geltung bringen können;

2. wird mit aller Entschlossenheit protestiert gegen das Bestreben, einen großen Teil der evangelischen Christen unserer Landeskirche die volle Gleichberechtigung zu nehmen. Versammlung ist der Ansicht, daß alte, ehrwürdige Bekenntnisse nicht zum Zankapfel in unserer evangel. Kirche herabgewürdigt werden dürfen; anderseits aber verlangt sie mit schärfstem Nachdruck, daß Wahrhaftigkeit und Gewissensfreiheit als Symbol evangel. Glaubens durch keinerlei erzwungene bekenntnismäßige Bindung eingeengt werden.

3. bittet Versammlung das westfäl. Konsistorium, eine vom westfäl. General-Superintendenten abgegebene Aeußerung: daß eine Gleichberechtigung der evangel. Glaubensrichtungen in unserer evangel. Landeskirche von ihm und seinen Parteifreunden nicht zugestanden werden können, dahingehend zu berichtigen, daß sie unter keinen Umständen als maßgebende Willensrichtung unserer heimischen Kirchenbehörde aufzufassen sei.

Soziales Leben.

Versagung des Mieterschutzes für Werks- und Beamtenwohnungen?

Der Wohnungsausschuß des Reichstages berät zur Zeit das Mieterschutzgesetz. Der Entwurf sieht u. a. die Regelung der Frage der Werkswohnungen vor, und zwar soll für Werks- und Beamtenwohnungen der Mieterschutz nur für die Zeit der Beschäftigungsdauer gelten. Demnach würden alle Arbeiter und Angestellte, die in Werkswohnungen untergebracht sind, den wesentlichsten Vorteil des Mieterschutzes entbehren müssen, den, daß ihnen unter allen Umständen ein Wohnraum gesichert bleibt. Jedem anderen Mieter darf nur dann vom Vermieter gekündigt werden, wenn ein Ersatzraum vorhanden ist. Nur der Bewohner von Werkswohnungen soll mit seiner Stellung auch seine Wohnung verlieren und damit dem ganzen Elend der Wohnungssuche überlassen bleiben. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten ist deshalb beim Reichstag vorstellig geworden, auch den Bewohnern von Werkswohnungen einen Schutz angedeihen zu lassen, wonach auch das Interesse des Werkes dabei berücksichtigt wird. So wie jeder Vermieter (§ 4) wirtschaftliche Interessen an vermieteten Räumen geltend machen kann, ist dem Unternehmen ja bereits die Möglichkeit gegeben, seine Werkswohnungen wieder frei zu bekommen. Nach § 6 wird die Räumung der Wohnung aber von dem Vorhandensein angemessener Ersatzräume abhängig gemacht, und diese Voraussetzung muß auch auf die Werkswohnungen übertragen werden. Im Deutschen Reich sind viele Tausende von Arbeitnehmern in Werkswohnungen untergebracht. Ein Gesetz, das im sozialen Interesse den Schutz der

Kunst und Wissen.

Wilhelm Raabe-Abend.

Die Gesellschaft für Literatur und Kunst hatte am Montag Dr. Friedrich Castelle zu Gaste. Der Name des bekannten Dichters und Rezitators hat einen guten Klang. So erlebte der veranstaltende Verein, trotz der Ungunst der Zeit, ein ausverkauftes Haus.

Castelle sprach Raabe, Wilhelm Raabe, den tiefgründigen, wundervollen, vielseitigen, kerndeutschen Wilhelm Raabe. Er sprach ihn, losgelöst von Buch und Blatt, in freiem Vortrag, so den Geist der Dichtung in nachschaffender Kunst hervorholend und zu einem tiefen Erleben neu gestaltend. Das ist es ja, was Castelles Meisterschaft am Vortragstisch ausmacht: daß er nicht bloß vermittelt, sondern uns seine Dichtergestalten erleben läßt; daß er nicht als Rezitator sich erfolgheischend vor die Dichtung stellt, sondern selbst bescheiden zurücktritt und durch sein frei fließendes Wort die Dichtung als solche in ihrer Tiefe, Schönheit und klanglichen Fülle gewaltig und unmittelbar in die Hörer einströmen läßt. So opfert ein Dichter, der uns an Eigenem selbst vieles zu geben hat, sich freudig und selbstlos für die Vermittlung deutscher Kunst, wird er den Besten unter unseren deutschen Dichtern zum Wegbereiter und Pionier. Was wäre Hermann Löns ohne Castelles Löns-Abende heute dem deutschen Volke? Gerade diesem ihm wesensverwandten Dichter und Freunde ist Castelle Bahnbrecher gewesen. Wie viele Tausende würden an der tiefschürfenden Kunst einer Annette Droste-Hülshoff achtlos vorbeigegangen sein, wenn Castelle die Bedeutung gerade dieser unserer größten deutschen Dichterin nicht immer wieder gegenwärtig zu machen gewußt hätte. — Und dann Wilhelm Raabe! Für ihn hat Castelle sich seit mehr als einem Jahrzehnt durch seine Raabe-Abende in unermüdlicher Freundestreue eingesetzt. Raabe den Philosophen, den ernsten, tiefen deutschen Dichter, den so lange unverstandenen prachtvollen Erzähler Wilhelm Raabe hat er uns näher zu bringen versucht. Und er hat ihn uns näher gebracht. Sein Bochumer Raabe-Abend schöpfte uns einen quellklaren Trunk aus dem breiten Strome Raabescher Kunst, zog uns für einige Feierstunden in den Bann eines unvergeßlich großen Menschen und Künstlers. „Der Junker von Denow" machte den Anfang. Ein Kapitel aus der Chronik der Sperlingsgasse, „Die Franzosen in Deutschland" folgte und führte in eine Zeit, da es in Deutschland ähnlich aussah wie heute. Aus dem „Hungerpastor" hörten wir dann das Einleitungskapitel, das von der Geburt des Johannes Jakobus Nikolaus Unwirrsch erzählt. Ein Kapitel aus „Innerste" beschloß die Vortragsfolge. Castelle würdigte dann in einer Raabe-Rede das Schaffen und die Bedeutung Raabes auf seinem Entwicklungswege von der Sperlingsgasse bis Altershausen, so dem schönen Abend einen weihevollen und ernsten Abschluß gebend.

Das Publikum stand tief im Bann der Raabeschen Kunst und dankte dem Vortragenden mit herzlichem Beifall.

*

Der Vorsitzende der Gesellschaft für Literatur und Kunst gab vor Beginn des Abends den Geschäftsbericht bekannt. Die Vereinigung zählt erfreulicherweise heute über 700 Mitglieder. Bei dem niedrigen Stande des Jahresbeitrags (100 Mk. für 8 Vorträge) ist das an sich zu verstehen; Freunde der Sache können auch heute der Vereinigung noch beitreten. Sie erhalten dann für 100 Mk. noch sechs Vorträge, während die Preise für Einzelvorträge (die bislang für Nichtmitglieder 25 Mk. kosteten) mit Rücksicht auf die Geldentwertung demnächst bedeutend heraufgesetzt werden müssen. Hoffentlich nehmen recht viele die günstige Gelegenheit, zu billigen Vorträgen zu kommen, wahr, und treten der Gesellschaft für Literatur und Kunst als Mitglieder bei.

Willi Lindner.

△ **Gem. Chor des Evang. Arbeitervereins Bochum-Wiemelhausen.** Der unter Chormeister Paul Heesens Leitung stehende Chor gab am Samstag im Knepperschen Saale vor einem zahlreich erschienenen Publikum sein Herbst-Konzert. Wie bei den früheren Gelegenheiten, so bewies der Chor auch diesmal, daß in seinen Reihen mit Fleiß und Ernst gearbeitet wird. Die einzelnen Gesänge zeichneten sich durch Klarheit des Vortrags, feine Durchbildung des gut verteilten Stimm-Materials und edle Tongebung aus. Wo es da und dort noch eine Ungleichheit zu beseitigen gilt, wird die sicher führende Hand des Chorleiters gewiß nicht versagen. Die Vortragsfolge war auf schlichte Volksweisen eingestellt. „Ein Wörtlein" von Neuerleben, „Und darüber sang die Nachtigall" von Kohl, und „Elslein von Lauh" wurden im ersten Teil geboten. Im zweiten Teil kamen Bungarts „Morgenlied" in der Bearbeitung von Rietz, „Die Mühle im Tale" und ein oberösterreichisches Volkslied zu Gehör. Das Publikum brachte diesen schlichtinnigen Weisen dankbare Aufmerksamkeit entgegen. Als Solist war Konzertsänger Karl Wolf-Essen (Tenor) verpflichtet. Der Sänger verfügt über ein gutgeschultes, klangfreisches, in allen Lagen fein ausgeglichenes Organ, das ihn zu einen glücklichen Interpreten Schubertscher und Schumannscher Weisen befähigt. Schuberts „Ich trage meine Minne" war eine Glanzleistung, wie sie gefühlswärmer in Konzertsälen nicht häufig gehört wird. Auch Schumanns „Widmung" und vor allem „Wanderlust" trugen dem Sänger begeisterten Beifall ein. Frau Wolf war ihrem Gatten am Klavier eine geschmackvolle und dezente Begleiterin. Das Bochumer Solisten-Orchester füllte die Zwischenpausen mit gediegenen Darbietungen angenehm aus.

Die neuen Tausendmarkscheine. Man schreibt der Köln. Ztg.: Ich fuhr neulich mit dem Abend-D-Zug Frankfurt a. M. nach Baden-Oos. Unterwegs zeigte mir ein Holländer einen neuen deutschen Tausendmarkschein und fragte, ob er echt sei. Er wies dabei auf das Wort „Tausend"; hier sei doch ein Fehler; Tausend werde doch mit einem langen s geschrieben und nicht mit einem Schluß-s. Ich sah mir den Schein hierauf näher an. Es war eine „Reichsbanknote" vom 15. September 1922, die richtig das Wort „Tausend" in mächtigen deutschen Buchstaben mit einem Schluß-s in der Mitte zeigte. Ich mußte zu meiner Beschämung dem Holländer zugestehen, daß hier allerdings ein grober Fehler vorliege. Zum Ueberfluß machte mich am nächsten Tage ein Schweizer auf denselben Fehler aufmerksam. Bekanntlich wurde derselbe Fehler in der Reichskunst schon zweimal gemacht. Zuerst bei der 15-Pfennig-Marke „Deutsche Nationalversammlung" vom Jahre 1919 und dann auf den neuen Ziffermarken von 1921 mit der Aufschrift: „Deutsches Reich". Jetzt also wieder bei den neuen „Tausend"-Markscheinen. Bei den Marken von 1919 konnte man noch ein Auge zudrücken. Es gab noch keinen Reichskunstwart. Seitdem haben wir diese verantwortliche Stelle, und kein Entwurf darf ausgeführt werden ohne die ausdrückliche Genehmigung des Reichskunstwarts Dr. Redslob. Schon im vorigen Jahre wurde deshalb an der diesbezüglichen Tätigkeit oder Untätigkeit des Reichskunstwarts heftige Kritik geübt. Was soll man nun jetzt sagen? Wie bekannt, hat im vorigen Jahre das Ausland auch über die tollen Markenbilder seinen Spott ausgegossen. Man denke ferner an Redslobs Kampf gegen das „Eiserne Kreuz" im städtischen Museum zu Gera, an seine Stellungnahme im Wenuswagen- und Reigenprozeß und kürzlich bei dem „Dombauhütten"-Skandal in München. Selbst sozialistische Blätter haben mit abfälligem Urteil nicht zurückgehalten. Noch mehr die gesamte Zentrumspresse. Die „Kölnische Volkszeitung" nannte Dr. Redslob einen „ästhetischen Schwätzer". Der Reichskunstwart kostet mit seinen Sachverständigen, Referenten, Bürobeamten usw. dem Reich jetzt jährlich mehrere Millionen. Könnte das Geld wirklich nicht mit Nutzen anders verwandt werden?

gemachteiligten Mieter schaffen will, darf unmöglich so einschneidende Ausnahmen schaffen, daß gerade im Zusammenhang mit den sonst vorhandenen Mieterschutz die Ausgeschlossenen in eine um so schwerwiegendere Abhängigkeit geraten.

Ein Aufruf des Reichsbürgerrates.

Das Präsidium des Reichsbürgerrats hat folgenden Aufruf erlassen:

Deutschland steht vor der letzten Entscheidung in dem Kampfe um die Erhaltung seiner politischen Selbständigkeit und seiner wirtschaftlichen Kraft, der mit der Unterschrift unter den Vertrag von Versailles und das Londoner Ultimatum begann. Alle Versuche, mit politischer Taktik und mit kleinen wirtschaftlichen Mitteln eine ernste Entscheidung zu umgehen, sind gescheitert.

Die Hoffnung auf die Einsicht der Welt ist zuschanden geworden. Auch in dieser Stunde wird noch der Versuch gemacht, dem politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch dadurch entgegenzuwirken, daß die letzten Reste unserer wirtschaftlichen Kraft für eine Festigung der deutschen Währung und zur Befriedigung der Ansprüche des Verbandes eingesetzt werden sollen. Um die Methode dieser letzten Versuche ist ein parteipolitischer Kampf entstanden, der das geringe Maß unsrer politischen Energie völlig zerrüttet.

Dabei ist es in Wahrheit schon seit langem zur unumstößlichen Erkenntnis des gesamten deutschen Volkes und der gesamten Welt geworden, daß jeder Versuch, unsern Zusammenbruch zu verhindern und unsern Staat und unsre Wirtschaft wieder herzustellen mit der ganz bedeutenden Herabsetzung und genauen Festlegung unsrer Wiederherstellungsverpflichtungen im Rahmen der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft beginnen muß. **Alle Versuche zur Festigung der Mark und Aufnahme einer äußeren Anleihe müssen nach dem Urteil der Welt über Deutschlands Kreditwürdigkeit mißlingen, solange wir nicht eine im kaufmännischen Sinne ehrliche Abrechnung über unsere Verpflichtungen geben können.**

Kein Moratorium kann den deutschen Kredit wieder herstellen, wie die letzten Monate mit erschreckender Deutlichkeit bewiesen haben. Angesichts dieser Tatsache ist der Streit der Parteien und Interessenten um die Methode der Festigung der Mark und der Rettung der deutschen Wirtschaft durch kleine Mittel verderblich und sinnlos. Die Regierung ist zum Objekt dieser Gegensätze geworden und hat weder zur Ueberwindung des innern Streites noch zur Lösung des Grundproblems der Wiederherstellungen etwas erreicht. Deutschland hat heute nur zwei Aufgaben:

Steigerung der Produktion statt der bisher durch den inneren Gegensatz erreichten Verminderung unserer Leistungskraft

und Regelung der Kontribution statt der durch die politische Taktik erreichten Verwirrung unserer gesamten Außenpolitik.

Die Stunde verlangt: **Politik der nationalen Einheit** statt der Politik der Parteien und Klassen, **Wirtschaft der nationalen Opferfreudigkeit** statt der Wirtschaft der einzelnen Interessen, **zielsichere Außenpolitik** statt ratloser Taktik. Der Wille zu solcher Politik, der sich in ganz Deutschland erhebt, muß endlich nach Berlin getragen werden. **Wir fordern alle Parteien und alle politischen und wirtschaftlichen Organisationen, die die Rettung unseres Staates und unserer Wirtschaft wollen, auf, mit uns für dieses Ziel zu wirken. Deutschlands Not und Schicksalsgemeinschaft und Deutschlands entschlossener Kampf für die endgültige Regelung der Wiederherstellung wird unsere Gegner dazu zwingen, Deutschlands Recht auf Selbsterhaltung zu achten.** gez. v. Loebell.

Am 5. Dezember Brüsseler Konferenz.

Aus Paris meldet man: Als Termin für den Zusammentritt der **Konferenz von Brüssel** wird der 5. Dezember genannt. In Pariser politischen Kreisen ist man enttäuscht, daß auf der Konferenz die Frage der interalliierten Schulden beiseite geschoben werden soll. Außer den Vereinigten Staaten hat, wie man jetzt erfährt, auch England eine derartige Bedingung für seine Teilnahme gestellt.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 7. Nov. Die **Ermittlungen der Falschgeldabteilung der Reichsbank**, die am Samstag zur Aushebung einer großen Falschgeldfabrik in der Oranienstraße führten, ergaben, daß große Mengen Falschgeld außerhalb Berlins in den Verkehr kamen. Von auswärtigen Rennplätzen wie Magdeburg und Hannover laufen große Mengen falsche **Fünfhundertmarkscheine** ein, die beim Totalisator eingezahlt wurden. Man vermutet, daß sie von dem seit Anfang Oktober verhafteten stellenlosen Kaufmann **Paul Dichelt** dorthin gebracht wurden. Der größte Teil des Falschgeldes konnte beschlagnahmt werden, ehe es in den Verkehr kam. Die Gesamtsumme ist ungeheuer hoch. Nach den Schuldigen wird gefahndet.

TU. **Berlin**, 7. Nov. Durch eine **Sprengkapselexplosion** wurde das Keilsche Sägewerk in Glatz vollständig zerstört. Mehrere Personen wurden verwundet und in weitem Umkreise großer Sachschaden angerichtet.

TU. **Harburg**, 7. Nov. Durch ein **Großfeuer** wurde gestern die große **Nudelfabrik von Hastedt in Buxtehude** eingeäschert. Viele Material- und Mehlvorräte in den Trockenräumen wurden vernichtet. Der Schaden beträgt mehrere Millionen Mark. Als Ursache des Brandes wird Kurzschluß angenommen.

Stettin, 7. Nov. Ein **furchtbares Explosionsunglück** ereignete sich in dem pommerschen Industrieort **Ueckermünde**. Beim Verarbeiten von Alteisen in dem Eisenwerk Bedke u. Wolff explodierte eine Granate, die man für entladen gehalten hatte. Der Mann, der die Granate bearbeitete, wurde buchstäblich **zerrissen**. Eine Giebelwand des Fabrikgebäudes wurde herausgerissen, so daß ein Teil des Gebäudes einstürzte, wobei noch **zwei Arbeiter** den Tod fanden und mehrere verletzt wurden. Die Trümmer gerieten dann in Brand und das ganze Werk mit Ausnahme der Formerei brannte aus. So ist auch der Materialschaden sehr groß. Etwa **100 Arbeiter** sind einstweilen **brotlos** geworden.

Warschau, 7. Nov. Blättermeldungen aus Radom zufolge wurde am Samstag in die Redaktion des Radomske Slowo von Unbekannten eine **Bombe** geworfen. Die Druckerei ist vollständig vernichtet. Der Bombenanschlag ist wahrscheinlich eine Folge der Wahlaufregung.

Paris, 7. Nov. Ein Telegramm aus **Pittsburg** in Pennsylvanien meldet, daß eine **Explosion in den Gruben von Nerlly** eingetreten ist und daß nur drei Arbeiter sich bisher zu retten vermochten. 140 Arbeiter sind in einem Gange eingeschlossen, und es besteht nur wenig Aussicht, sie zu retten.

Paris, 7. Nov. In Paris ist ein **Teilstreik der Gasarbeiter** ausgebrochen, so daß gestern abend vier Gasanstalten, die Paris mit Gas versehen, den Betrieb einstellten.

Letzte Nachrichten und Drahtmeldungen.

Optimistischere Auffassung in Berlin

D. **Berlin**, 8. Nov. Die politische Lage in Berlin hat sich im Laufe des gestrigen Nachmittags um einige Grad geklärt, zumal die Reichsregierung heute

auf die Note der Reparationskommission eine ausführliche Antwort

erteilen wird. In Kreisen, die der Reichsregierung nahestehen, ist man gestern abend **etwas optimistischer** geworden, wenn auch der **Ernst der Lage** bei dem weiteren Sinken der Mark **nicht verkannt** wird. Die Regierung ist sich darüber klar, daß die augenblicklichen Verhandlungen mit der Reparationskommission nur im Zusammenhang mit den übrigen politischen Problemen beurteilt werden können. Es fallen ja auch zeitlich drei Ereignisse unmittelbar zusammen, nämlich die Anwesenheit der ausländischen Sachverständigen, die bekanntlich schon vor der ersten Ankündigung der Reise der Reparationskommission nach Berlin hierher gebeten worden war, zweitens die Anwesenheit der Reparationskommission und drittens die ebenfalls schon vor Eintreffen der Reparationskommission eingeleiteten innerpolitischen und wirtschaftlichen Besprechungen mit zwei Parteien, die der Regierung zurzeit nicht angehören, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei. Selbstverständlich beeinflussen sowohl die Verhandlungen der Sachverständigen wie die mit der Reparationskommission diese Parteiverhandlungen maßgebend, sodaß alle Besprechungen über die eventuelle

Ergänzung der Reichsregierung bis zur Abreise der Reparationskommission zurückgestellt

worden sind. Darüber ist man sich aber im Klaren, daß am Ende dieser langen Besprechungen eine ebenso klare wie entscheidende Orientierung der deutschen Politik auch nach innen durchgeführt werden muß. In Kreisen der Regierung legt man großen Wert darauf, nochmals ausdrücklich festzustellen, daß innerhalb der Regierung bei den Verhandlungen mit der Reparationskommission

keine Meinungsverschiedenheit zwischen den einzelnen Ministerien

geherrscht habe, und daß die Vorschläge an die Reparationskommission im Einvernehmen aller in Berlin anwesenden Minister übergeben worden sind. Auch die nächste Antwort an die Reparationskommission werde von der Regierung einmütig fertiggestellt werden, und zwar unmittelbar nachdem

die Gutachten der Sachverständigen

der Regierung zugänglich sind. Die Gutachten behandeln 1. die drei vom Reichskanzler in seiner Eröffnungsansprache s. Z. erwähnten Fragen, 2. aber werden sich die sachverständigen Bankiers über die Möglichkeit und die Form von Bankkrediten zur Stützung der Mark und über die Sicherungen dieser Bankkredite auslassen. Die Regierung wird dieses Sachverständigenmaterial vom Standpunkte der verantwortlichen Regierung aus gegenüber der Reparationskommission verwenden. Dabei muß besonders darauf hingewiesen werden, daß **diese Gutachten vollkommen frei abgegeben** worden sind, und zwar nicht nur von Finanztheoretikern, sondern **auch von praktischen Bankfachleuten**. Tatsächlich besteht in politischen Kreisen Berlins Hoffnung, daß diese Sachverständigen im Zusammenwirken mit ihren Regierungen einen Vorschlag unterbreiten werden, gemeinsam mit der Reichsbank

ein internationales Bankensyndikat

zu schaffen, dessen Aufgabe die Stützung der Mark sein würde. Dagegen hat die Regierung den ursprünglich aufgetauchten Plan, zusammen mit der Reichsbank isoliert vom Auslande namhafte Beträge des Goldes der Reichsbank zur Stützung der Mark zu verwenden, bei ihren Dispositionen nicht berücksichtigt da auch ausländische Sachverständige ihr versichert haben, daß eine derartige Maßnahme zur Stützung der Mark keinerlei dauernde Wirkung haben werde.

Vorbedingung für eine Stützungsaktion

wäre:

1. **daß die Reparationskommission von der Bereitwilligkeit Deutschlands überzeugt sei**, von sich aus seine Lage zu bessern,
2. daß nicht nur von Deutschland, sondern auch von Seiten der Reparationskommission **diesem internationalen Syndikat Sicherungen** gegeben würden und
3. daß für die Bildung dieses Finanzsyndikats eine **Bankierkommission** alsbald zusammenberufen werde, die dann zusammen mit der Reichsregierung frei und ungehindert von französischen Drohungen an die Arbeit gehen könne.

Bei der Stützungsaktion handelt es sich nicht um die Gewinnung einer Anleihe, sondern um die Herbeischaffung von internationalen Bankkrediten, denen naturgemäß eine entsprechende Sicherung gegenüberstehen muß, die von der Reparationskommission zuzugestehen wäre. Wesentlich ist dabei, daß die Geldgeber ihrerseits auf die Notwendigkeit eines weiteren Moratoriums für Deutschland dringen. Dabei muß beachtet werden, daß aller Wahrscheinlichkeit nach auch **Frankreich internationale Bankkredite** und zwar auf Kosten Deutschlands in ähnlicher Form zu erhalten suchen wird. Alle diese Fragen können nach Auffassung maßgebender Kreise nur gelöst werden, wenn in der nächsten Zeit **keine innerpolitischen Schwierigkeiten** auftreten; im Gegenteil müßte die Regierung bemüht bleiben, eine **Erweiterung der Regierung** auf breiter Basis anzustreben. Auf keinen Fall dürfte die Politik von den Wünschen einer einzelnen Partei diktiert werden.

Die Parteiführer beim Reichskanzler.

w. **Berlin**, 8. Nov. Gestern nachmittag empfing der **Reichskanzler** die **Parteiführer** und zwar zunächst die Führer der Regierungsparteien der Deutschen Volkspartei, der Bayrischen Volkspartei und dann anschließend die Führer der Deutschnationalen Volkspartei, um sie über die bisherigen Verhandlungen der Reichsregierung mit der Reparationskommission, sowie über die Aussprache mit den internationalen Finanz-Sachverständigen zu unterrichten.

Die Schwierigkeiten der Brotversorgung.

w. **Berlin**, 8. Nov. In der gestern vormittag abgehaltenen Hauptversammlung des deutschen Landwirtschaftsrates kam es zu einer lebhaften Aussprache über die ernste Ernährungslage. Staatssekretär **Heinrich** vom Reichsernährungsministerium charakterisierte die augenblickliche Situation folgendermaßen:

Bei der Versorgung der Bevölkerung mit Markenbrot ist darauf hinzuweisen, daß wir schon heute zu ihrer Aufrechterhaltung mehr Brotgetreide einführten als im Vorjahre. Dies hat seine Ursache darin, daß von der Umlage, von der im Vorjahr bis Ende Oktober 1,14 Millionen Tonnen eingegangen waren, diesmal nur 400 000 Tonnen eingeliefert wurden. Da die öffentliche Hand immer mindestens sechs Wochen vorher im Besitz der zur Verteilung notwendigen Getreidemengen sein muß, so wird am **Anfang des nächsten Jahres mit ernsten Schwierigkeiten zu rechnen** sein. Das erstandene **Auslandsgetreide** in Verbindung mit den jetzt eingebrachten **Umlagemengen reicht gerade bis in die ersten Tage des Januar.**

Heinrich richtete namens der Reichsregierung einen dringenden Appell an die Landwirtschaft, die Ablieferungen des Umlagegetreides soweit als möglich zu beschleunigen.

Die Erhöhung der Beamtenbezüge.

w. **Berlin**, 7. Nov. Der **Ueberwachungsausschuß** des Reichstags genehmigte einstimmig die von der Regierung vorgeschlagenen **Erhöhungen der Beamtenbezüge**. Demnach wird ab 1. November 1922 zu dem Grundgehalte, dem Diäten, dem Ortszuschlag und den Kinderzuschlägen ein Teuerungszuschlag von 49 v. H. so schnell als möglich ausgezahlt. Hierzu kommt ein Frauenzuschlag von monatlich 1000 Mk.

Täglich 12 Milliarden neues Papiergeld!

bb. **Berlin**, 7. Nov. Wie das Achtuhrabendblatt erfährt, werden zur Hebung der Zahlungsmittelnot demnächst die neuen **50 000-Markscheine** ausgegeben und die 500-Mark- und 1000-Markscheine stark vermehrt werden. Täglich würden elf bis **zwölf Milliarden Mark neues Papiergeld** in den Verkehr gebracht.

Der Antrittsbesuch Brockdorff-Rantzaus in Moskau.

TU. **Berlin**, 7. Nov. Der deutsche Botschafter in Moskau, **Graf Brockdorff-Rantzau**, hat am 6. Nov. in feierlichem **Antrittsbesuch** sein Beglaubigungsschreiben dem Präsidenten des Zentralexekutivkomitees, **Kalinin**, überreicht. Bei dieser Gelegenheit hielt der Botschafter eine längere Ansprache, in der er betonte, daß er sich der Schwere seiner Aufgabe bewußt sei. Auf das Vertrauen der deutschen Regierung habe er ein Recht. Für das Vertrauen der russischen Regierung, um das er bitte, werde er aufrichtig dankbar sein, und er sei entschlossen, soweit es an ihm liege, dieses Vertrauen zu rechtfertigen. Der Botschafter erwähnte dann in seiner Ansprache den Vertrag von Rapallo und sagte zum Schluß: Mit dem unerschütterlichen Glauben an die Zukunft des deutschen und des russischen Volkes, ohne die auch die Welt nicht gesunden kann, gehen wir an diese friedliche Arbeit, in der uns niemand stören soll. Dieses Ziel vor Augen, bitte ich, Herr Präsident, um Ihre und der russischen Regierung Unterstützung. — Präsident **Kalinin** antwortete dem Grafen Brockdorff-Rantzau in einer längeren Ansprache und begrüßte ihn als den Botschafter der Rußland befreundeten deutschen Republik. Auch er sprach davon, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland im Geiste des Rapallovertrages durchgeführt werden sollen, und daß das deutsche und das russische Volk der gesamten Welt ein Zeugnis uneigennützigen Vertrauens geben müsse. Der Weg freundschaftlicher und wirtschaftlicher Annäherung zwischen dem deutschen und russischen Volk sei fest vorgezeichnet. Dieser Weg bleibe unverändert bestehen, unbeschadet der Beziehungen, die von beiden Staaten mit anderen Völkern sich entwickeln könnten. Zum Schluß bat Kalinin den Botschafter, die Zusicherung entgegenzunehmen, daß er bei der Durchführung seiner verantwortungsvollen und hohen Aufgabe volles Vertrauen und Unterstützung finden werde.

Wieder kritische Lage im Orient.

Konstantinopel.

w. **Konstantinopel**, 7. Nov. (Reuter.) Die alliierten Generale teilten Refid Pascha mit, daß Konstantinopel gegenwärtig entsprechend dem Waffenstillstandsvertrag von Mudania **unter alliierter Kontrolle bleiben** müsse. Refid Pascha hat darauf geantwortet, daß Angora jede Art Kontrolle **ablehne**, versprach aber, Instruktionen von Angora einzuholen.

Türkische Gendarmerie gegen die Engländer. Kundgebungen.

w. **London**, 7. Nov. Reuter meldet: In **Tschanak** ist eine **kritische Lage** entstanden, da dort die **türkische Gendarmerie gegen britische Linien** vorgerückt sei und das Vorgehen britischer Patrouillen jenseits der Dreimeilenzone verhinderte. General Harrington wird am Dienstag die Lage mit Ismed Pascha erörtern. — Die **Kundgebungen** in den asiatischen Vorstädten von Konstantinopel nahmen gestern eine **ernste Wendung**. Die Fenster der von Christen bewohnten Häuser wurden eingeschlagen. Vier britische Soldaten wurden durch Messerstiche verwundet. Zwei türkische Polizisten wurden verhaftet. Die Demonstranten schrieen: Nieder mit England, Frankreich und den Alliierten. Man glaubt, daß die Kemalisten versuchen, die Stellung der Alliierten in Konstantinopel unhaltbar zu machen und so der alliierten Besetzung noch vor der Friedenskonferenz ein Ende zu bereiten.

Der neue Zolldienst. — Flüchtlinge.

w. **London**, 7. Nov. Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß gestern der **neue Zolldienst** aufgenommen worden ist, nach dem besondere Tarife für die kemalistischen Gebiete in Anwendung gebracht werden. Diese Tarife machen den fünffachen Betrag der während des Krieges in Geltung befindlichen Tarife aus. Gleichzeitig sind die Bestimmungen der nationalistischen Regierung wegen Luxusartikel und alkoholischer Getränke in Anwendung gebracht. Eine große Anzahl von Personen ist **geflüchtet in die Gesandtschaften** mit der Bitte um Schutz und Hilfe, damit sie das Land verlassen könnten. Ueber 7000 Griechen sind aus den Dörfern in die Nähe der alliierten Linie geflüchtet und unter englischem Schutz eingeschifft worden, um nach Saloniki geschafft zu werden. Der Abzug der Bevölkerung nimmt zu.

w. **Köln**, 7. Nov. Nach der Köln. Volksztg. **lehnten** die **christlichen Bergarbeiter** des rheinischen **Braunkohlenreviers** in 10 Bezirksmitgliederversammlungen den **Schiedsspruch** im Ruhrbergbau, der der Lohnregelung im Braunkohlenrevier zugrunde liegt, mit einer ausführlichen Begründung ab.

w. **Hamburg**, 7. Nov. Die deutschen **Dampfer Herbert Sauber** und **Hermann Sauber**, von denen der erstere am Mittwoch und der letztere am Montag vergangener Woche von England nach Hamburg abging, erreichten ihren Bestimmungsort nicht. Die Schiffe, jedes mit 29 Mann Besatzung und drahtloser Telegraphie an Bord, dürften in einem schweren **Sturm** in der Nordsee **untergegangen** sein.

w. **Berlin**, 7. Nov. Wie den Blättern von zuständiger Seite mitgeteilt wird, hat eine Versammlung von **Schupobeamten** eine Resolution zugunsten des Achtstundentages für die Schupo gefaßt. Dieser Standpunkt ist für die Regierung undiskutabel. Gegen die Beamten, die sich in jener Versammlung disziplinwidrig benommen haben, wird eingeschritten.

D. **Berlin**, 8. Nov. Beim Reichsarbeitsminister war gestern ein **Schiedsgericht** zusammengetreten, um über die zwischen dem Reichsverband der **Bankleitungen** und dem Allgemeinen Verband der deutschen **Bankangestellten** schwebenden Streitigkeiten zu entscheiden. In der Verhandlung stellten sich die Arbeitnehmervertreter auf den Standpunkt, daß vor Eintritt in die Verhandlungen über die Novembergehälter noch einmal über die Oktoberregelung verhandelt werden müsse. Das Schiedsgericht stellte sich jedoch auf Seiten des Reichsverbandes der Bankleitungen, der sich lediglich zur Beratung über die Novembergehälter bereit erklärte. Darauf **verließen die Arbeitnehmerbeisitzer den Saal** und machten eine weitere Verhandlung unmöglich.

Keine Haftpflicht der Eisenbahn für Verzögerungen durch Streik.

w. **Berlin**, 7. Nov. Die Entscheidung des Berliner Landgerichts 1 in der Klagesache einer Firma gegen den Reichsbahnfiskus wegen Ersatzes des ihr durch das **Aussetzen der Kohlenlieferung** infolge des großen **Eisenbahnerstreiks** im Februar 1921 entstandenen Schadens **verneint** nach einer Mitteilung der Reichszentrale der deutschen Verkehrswerbung die **Haftpflicht der Reichsbahn** für einen durch den Streik ihrer Beamten entstandenen Schaden. Die Dienstpflicht der Beamten bestehe nur der Reichsbahn, nicht aber dritten gegenüber. Die in dem Streik enthaltene Amtsverletzung sei nicht in der Ausübung der Diensttätigkeit, sondern gerade durch ihre Nichtausübung erfolgt.

Amtlicher Wetterbericht.

Aussichten für Mittwoch:

Meist bedeckt, vielfach Regen, ziemlich milde, südwestliche Winde.

Verantwortlich: Für Politik: Ernst Renner, für Feuilleton und Lokales: Willi Lindner; für Handel Sport und Letzte Nachrichten: Theodor Fossen, für „Feierstunden" und den übrigen Textteil: Julie Schwinck für Inserate und Reklamen: Eugen Wolff sämtlich in Bochum.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Veranstaltungen der Deutschen Volkspartei.

Mittwoch, den 8. November 1922.

Jugendgruppe Weitmar, abends 8 Uhr bei Claas, Hattingerstr., wöchentliche Zusammenkunft. — Auf der Tagesordnung steht die Besprechung über die Weihnachtsfeier.

Jugendgruppe Hamme 1, abends 8 Uhr, bei Lohmann, Dorstenerstr. 192, wöchentliche Zusammenkunft.

Jugendgruppe Altenbochum 1, abends 8 Uhr, bei Hustadt, Steinkuhlstraße, wöchentliche Zusammenkunft.

Jugendgruppe Altenbochum (Ortsteil „Prinz von Preußen"), abends 8 Uhr, bei Wahl, Brückstraße, wöchentliche Zusammenkunft.

Jugendgruppe Hofstede, abends 8 Uhr, bei von Hören, Hernerstr., wöchentliche Zusammenkunft.

Jugendgruppe Eppendorf, abends 8 Uhr, bei Niggeling, wöchentliche Zusammenkunft.

Stadt Bochum.

Kriegsveteranen-Ehrensold.

Wie in den Vorjahren, soll auch zu Weihnachten dieses Jahres denjenigen bedürftigen Kriegsteilnehmern von 1864, 66, 1870/71, sowie den Witwen von solchen, die mindestens 5 Jahre in Bochum wohnen, ein Ehrensold gezahlt werden.

Es werden daher alle in der Stadt Bochum wohnenden Kriegsveteranen und Witwen von solchen, welche nach den vorerwähnten Bedingungen Anspruch auf den Ehrensold haben, aufgefordert, sich am Donnerstag, den 9. oder Freitag, den 10. November in den Nachmittagsdienststunden von 3 bis 6 Uhr im städtischen Wohlfahrtsamt an der Trankgasse, Eingang G, 3. Stock, und zwar die Männer in Zimmer Nr. 131, die Frauen in Zimmer Nr. 137 unter Vorlage des Militärpasses und der polizeilichen Anmelde- oder Aufenthaltsbescheinigung zu melden.

Bochum, den 6. November 1922.

Städtisches Wohlfahrtsamt.

KAFFEE HACKERT Bochum, Hellweghtr. 1. gegenüber der Feindrückerei und Konditorei

Diese Woche Spezialität: **Bund-Kranz**

Für Pfeifenraucher!



Direkt in der Fabrik bestellt! — Erspart jedemsehr viel Geld!

Bestellen Sie deshalb per Post heute noch eine Preisliste, die gratis u. franko versandt wird, von d.

Firma Emil Köller

Rauchtabakfabrik „Weltruf"

Bruchsal Nr. 522 (Baden)

Zeugnis: Herr Forstverwalter W. Seidel in M. schreibt: Ihr Tabak verdient alles Lob. Bitte senden Sie mir wieder 18 Pfund usw.



Deutscher Weinbrand **Scherer Original** Langen b. Frankfurt a. M.

Vertreter: Hans Engelke, Bochum I. W.

Roonstraße 11.

Zentralheizungen

Sanitäre Installation

Lieferung von Rohrleitungen,

Abwärmeverwertungs - Anlagen

Waschkauen, 8114

Albert Staubach, Jng.

Fernspr. 669 Bochum Fernspr. 669

Große Auswahl in

la. Alpaka-Handtaschen

garantiert weiße Unterlage zu wirklich vorteilhaften Preisen.

August Homborg, Hochstr. 2

Haut-, Harn-, Blasenleiden

Rheuma, Gicht, Ischias, Lungen-Tuberkulose, Gallensteine werden mit überraschendem Erfolg behandelt. Operationslose Behandlung von **Frauenleiden** (Verlagerungen, Verwachsungen und Vorfall) nach Methode Dr. med. Thure Brandt, durch meine Assistentin. Sprechstunden von 9—12 und von 2—6 Uhr, außer Samstags.

Naturheilinstitut **Schultheis**, Bochum, Humboldtstr. 54 I.

Pfarrer Engels Institut. Aeltestes, seit 1905, kürzeste Vorbereitung

für alle Klassen. Pension. Bochum, Gahlenschestr. 196.

Bekanntmachung.

Wegen Neuchaussierung wird die **Castroper Straße** in Bochum von der Ecke Harpener Hellweg bis zur Stadtgrenze auf die Dauer von 4 Wochen für den durchgehenden Automobil-, Fuhrwerks- und Radfahrerverkehr gesperrt.

Umfahrt: Harpener Hellweg und Hiltroper Straße.

Bochum, 3. Nov. 1922.

Der Polizeidirektor.

Verein. Stadttheater

Bochum-Duisburg.

Mittwoch, 8. Nov. 7—10¼ D. 6.

„Der Waffenschmied"

Karten in allen Preislagen sind noch zu haben.

Donnerstag, 9. November 7½—10 Erste geschl. Vorst. f. den „Bühnenvolksbund"

„Donna Diana"

Die Karten müssen sofort in den Geschäftsstellen abgeholt werden. Nach Mittwoch nachmittag 4 Uhr kann ein Vorrecht der ersten Nummer nicht mehr angerechnet werden.

Neues **Operetten-Theater** Bochum

Rottstr. 29 Tel. 534

Nur noch 3 Tage abends 8 Uhr

Die Prinzessin vom Nil

mit **Heinrich Prang,** des besten rhein. Charakterschauspielers als Gast.

Ab Samstag, den 11. November zum ersten Male!

Der Mann mit den zwei Frauen

Musikalisch. Schwank von Paul Lincke.

BREMEN



AMERIKA

OSTASIEN

AUSTRALIEN

Regelmäßiger Personen- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unterbringung und Verpflegung für Reisende aller Klassen

Reisegepäck-Versicherung

Nähere Auskunft durch NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN und seine Vertretungen

In Bochum: Aug. Dörpinghaus, Kaiserstraße 28.

Trauringe

massiv Gold 8913

jede Preislage und Form stets vorrätig.

Heinr. Schweers

Goldschmiedemeister

Bochum, Wilhelmstr. 18

8269 Zum **Puppenkönig**

Bochum, Gr. Beckstr. 13. Amt. Spezialgeschäft am Platze

Puppen werden d. ganze Jahr geheilt. Anfertigung sämtl. Haararbeiten, auch v. ausgekämmten Haaren.

Wilh. Hochstetter,

Friseur u. Perückenmachermeister. Präm. Bochum 1913

Kunst-Porzellane

Kristalle

Echte Bronzen / Marmor

Größte Auswahl am Platze

August Homborg

Bochum, Hochstraße 2.



Internationale Tanz-Liga

Anmeldungen nimmt entgegen: Kurt Sprinz, Hotel Fürstenhof, 12—2 Uhr nachmittags.

Engelsburger

Magerkohlen und Briketts

Fettkohlen · Koks

von Zeche Constantin und Prinz-Regent.

Anthrazitkohlen

von Zeche Gottfried Wilhelm

pünktlichst lieferbar

Franz Uhe Ottostraße 41 u. 46 Telefon 2099.

Altpapier

Akten, Zeitungen, Zeitschriften

zu bedeutend erhöhten Preisen **kauft**

vormals **Josef Levy, Bahnhofstraße 13**

Fernsprecher 2094 Papierverwertung Fernsprecher 2094

Aeltestes Geschäft dieser Art am Platze. Auf Wunsch sofortige Abholung

Franz Bombolowsky Holzhandlung

Fernruf Nr. 4059 u. 2954 / Vierhausstraße 84—88.

Bauholz nach Listen.

Großes Lager in Bau- und Schreiner-Hölzern bester Qualität / Türfutter und Bekleidungen / Hobelware, Besichtigung erbeten.

Geschäftsdrucksachen liefert in jeder Ausführung Buchdruckerei Wilh. Stumpf Bochum, Buddenbergstr. 11

Städt. Musikverein Bochum

Mittwoch, den 8. November, in der Aula des städtischen Lyzeums I, Ecke Arndt- u. Jahnstraße:

Chorprobe (Schöpfung)

Damen 7½ Uhr, Herren 8 Uhr abends.

Tragen Sie

nur Merschs Naturhaar-Zöpfe und Haarersatz

8141

Größtes Haus am Platze.

Enorme Auswahl. Billige Preise. Frisieren beim Einkauf in tageshellen Kabinen gratis.

Frau Mersch ::: Hochstraße 20.

Hohlschleiferei und Reparatur-Werkstatt

für Rasier-, Masch.-, Brot- u. Taschenmesser, Scheren, Beile, Klingen etc. Lieferz. nur 24 Std.

Solinger Stahlwarenhaus Fred Bernards, Friedrichstr. 26, Tel. 483

Waffen, Munition, Hundesportartikel.

Zum baldigen Eintritt wird ein jüng., perfekter

Buchhalter

der zuverlässig arbeitet, von Bochumer Firma gesucht. Ausführliche Bewerbungen mit Zeugnisabschriften, Angabe des Alters, der Konfession, des Eintritts sowie der Gehaltsansprüche unter Nr. **14296** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Wir suchen zum 1. Dezember evtl. früher

Beamtin

die flott korrespondieren und nach Angaben selbständig arbeiten kann.

Motorenbetriebsstoffgesellschaft m. b. H.

Wittenerstr. 102, Fernruf 4036.

Höchster

Tageskurs

Alt-Gold, Alt-Silber, Platin, Brillanten.

Reeller Einkauf.

Langen,

Goldschmiedemeister, Humboldtstr. 27.

Auf sofort oder später ein anständiger, ehrlicher, 16jähriger

Junge

zum Brotfahren nach Herne gesucht.

Schriftliche Angebote mit Gehaltsansprüchen unter Nr. **14294** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Ein geräumiges

Ladenlokal

sofort oder möglichst bald zu mieten gesucht.

Offert. unt. **K. M. 100** an die Geschäftsst. d. Ztg.

In einem besseren Haushalt auf dem Lande wird ein erfahrenes

Mädchen

aus achtbarer Familie gegen hohen Lohn gesucht. Es wird Gelegenheit zur Weiterbildung im Kochen gegeben.

Meldungen unter Nr. **14274** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

1 oder 2 möbl. Zimmer

wenn möglich mit voller Pension zu mieten gesucht.

Offerten unter **S. T. 200** an die Geschäftsst. d. Ztg.

Für das kaufm. Büro eines größeren Unternehmens wird für sofort erste

Buchhalterin

mit guten Empfehlungen in Dauerstellung gesucht.

Schriftl. Angeb. mit Gehaltsanspr. u. Zeugnisabschrift an die Geschäftsst. d. Ztg. unter Nr. **14252.**

Wirtschaft in Rauxel

(Gasthof mit 15 Fremdenzimmern) zu verpachten. Es kommt nur gut empfohlener Fachmann mit erforderlichem Betriebskapital in Frage. Ausführliche Angebote sind zu richten unter **Dd. 2051** an Ala-Haasenstein u. Vogler, Dortmund, Brückstraße 12/14.

Tüchtiges fleißiges

Mädchen

für Vormittags gegen gut. Lohn sofort gesucht.

Architekt Holsapfel, Bochum, Farnstraße 55.

Zum baldigen Antritt ein im Kochen erfahrenes zuverlässiges

Mädchen

od. einfach. Fräulein

gesucht.

Frau Direktor Knepper, Steinstraße 49.

Offene Stellen

Vertreter

gesucht.

Für mein Spezialgeschäft feinster Harzer Fleisch- u. Wurstwaren suche ich geeigneten Vertreter. Meldungen unter Nr. **14253** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung

Suche zum sofortigen Eintritt zuverlässiges u. erfahrenes

Zweitmädchen.

Frau Generaldirektor Krone, Bochum, Bergstr. 97.

1—2 tüchtige selbständige

Poliere

für Eisenbetonarbeiten gesucht.

Dr. C. Otto & Comp. G. m. b. H.

Bochum, Christstraße 9.

Aelteres selbständiges

Mädchen

bei gutem Lohn infolge Erkrank. des jetzigen ges. Frau Stadtbaurat Diefenbach, Waldstr. 88.

Kontoristin

mit guten Kenntnissen in Buchführung gesucht.

Selbige muß im Geschäft mit tätig sein. Arbeitszeit von 2—7½ Uhr.

Off. unt. Nr. **14229** an die Geschäftsst. d. Ztg.

Halbtagsmädchen

für vormittags sofort gesucht.

Frau Musikdirektor Hoffmann, Kortumstr. 18.

Kaufgesuche

Alt-Gold

-Silber, -Platin, wie: Ketten, Ringe, Bestecke, Medaillen,

alte Münzen

Zahngebisse

Zahn 400 M. und mehr

Quecksilber

kauft ständ. höchstzahlend Zahnpraxis Brückstraße **51.**

Auf Haus-Nr. 51 achten!

Kaufe jeden Posten

Messing, Schrot u. Abfälle

Eduard Link, Ehrenfeld, Joachimstr. 15

Alt-Goldankauf

F. Beleistein, Kortumstraße 18.

Neue Küchen und **Schlafzimmer**

noch preiswert zu verkaufen.

Bochum, Alsenstraße 9 Nähe der Wittenerstr.

Für Alt-Gold, -Silber, -Platin, Brillanten, getragene Uhren zahle höchste Tagespreise

Fr. Alb. Pfeiffer gen. Bilke, Hamme, Dorstenerstraße 185

Holz-Baracke

welche sich als Arbeitsraum (kl. Fabrikbetrieb) eignet, zu kaufen gesucht

Jonkmanns, Bochum, Kaiserstr. 10, Telephon 2150 u. 538.

Schrottleiter

neu oder gebraucht kauf

Motorenbetriebsstoff-Gesellschaft m. b. H. Wittenerstraße 102, Fernruf 4036.

Verkäufe

Für Obstliebhaber!

Noch einige Zentner gutes

Tafelobst

Winter-Goldparmäne, Landsberger und Baumanns-Renetten, Sch. v. Boskop, abzugeben.

Preis auf Antrage.

Versand nur gegen Voreinsendung des Betrages.

Gärtner **Karl Fröhlich,** Bad Sooden-Werra.

Wenig gebrauchte

Nähmaschine

verkauft Langohr, Kronenstr. 49 II.

Gut erhaltenes, vollständiges

Deutsch-Französisches und **Französisch-Deutsches**

Wörterbuch

von M. A. Thibaut.

ca. 1000 Seiten, aus dem Jahre 1835, zu verkaufen.

Angebote unter **H. L. 100** an die Geschäftsst. d. Ztg.

Möbel

Wilh. Schrudde

Bochum, Roonstr. 37, Nähe der Marienstraße.

Tibetpelz billig zu verkauf. Adolfstr. 41, I. Etg. r.

Hunderte von

verkäufl. Objekten

Wohn- und Geschäftshäuser, Villen und Landhäuser, Landwirtschaften, Güter, Fabriken, Bauplätze, Hotels und Gastwirtschaften, Kinos usw.

Sämtliche Beschreibungen sind gegen Einsendung von Mk 30.— zu erhalten vom Verlag.

Deutscher Grundstückmarkt.

Verlag: A. Krüger, Bielefeld.



Leih-Bibliothek

Günstige Bedingungen

Siepmann, Friedrichstraße 26

Heiratsgesuche

Ehevermittlung „FORTUNA"

Bochum Mühlenstraße 10 Gegründet 1912

Inhaber: Frau B. Wylod vermittelt vornehme, sowie Ehen jeden Standes streng reell und diskret. Rückporto. Günstige Gelegenheit für Damen.

Nr. 262. Zweites Blatt. **Bochumer Zeitung Märkischer Sprecher** Rh.-Westf. Tageblatt Mittwoch, 8. Nov. 1922

Bochumer Nachrichten.

Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszuge nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Bochum, 8. Nov.

In dem Kampf der Städte gegen die Wohnungsnot

wohnen setzt neue Schwierigkeiten, weil es bei der augenblicklichen Lage des Geldmarktes teilweise überhaupt nicht mehr möglich ist, die nötigen Mittel zur Auszahlung der Handwerker und Lieferanten flüssig zu machen. Einige Städte haben deshalb ihre Bauabsichten schon wesentlich einschränken müssen, andere haben sogar begonnene Bauten stillgelegt. Und selbst die Städte, welche heute noch bauen, tragen sich mit ähnlichen Absichten. „Die Folgen wären, so äußert sich die Vereinigung von Stadtbauräten größerer Städte im Rheinland, Westfalen und Hessen-Nassau, unübersehbar. Einschränkung der Bauarbeiten bedeutet Stillstand der Bauindustrie und Arbeitslosigkeit bei einem großen Teil aller von der Bauindustrie abhängigen Gewerbe. Stillegung der Bauten bedeutet aber auch Verzicht auf den Kampf gegen die Wohnungsnot, Verewigung des Wohnungselends und schließlich in der Zeit politischer Hochspannung Verzweiflungstaten der hoffnungslos Wohnungsuchenden. Das deutsche Volk darf aber nicht auch noch diese Krankheitsstoffe in sich aufnehmen, denn vom Wohnungsbolschewismus bis zum allgemeinen Durcheinander ist nur ein kurzer Weg." Darum hat sich die Vereinigung der Stadtbauräte von Rheinland, Westfalen und Hessen-Nassau, die 48 technische Magistratsmitglieder und Beigeordnete von 28 größeren Städten umfaßt, bei ihrer Zusammenkunft in Trier am 14. Oktober 1922 verpflichtet gefühlt, in letzter Stunde nochmals eine ernste Mahnung an alle beteiligten Kreise zum Aushalten in der begonnenen Arbeit zu richten. Die Mittel zur Durchführung müssen gefunden werden, alle von der Gesetzgebung vorgesehenen Maßnahmen müssen getroffen werden, um den Städten die Mittel zur Fortführung des Kampfes gegen das Wohnungselend in die Hand zu geben. Aber auch der Staat muß wenigstens vorübergehend ausreichende Kredite geben, weil die übrigen Geldgeber zu versagen drohen. Die Vereinigung hat daher eine Entschließung gefaßt und allen zuständigen Stellen mit der Bitte um weiteste Verbreitung und Aufklärung des Volkes in diesem Sinne übersandt:

Die Entschließung fordert:

1. Alle im Jahre 1922 begonnenen oder beschlossenen Wohnungsbauten sind unbedingt im Jahre 1923 fertigzustellen. Neue Wohnungsbauprogramme sind möglichst erst nach Abwicklung der diesjährigen aufzustellen.

2. Die Mittel zur Durchführung der Bauprogramme müssen in erster Linie durch einen systematischen Ausbau der Wohnungsbauabgabe gewonnen werden. Diese Abgabe muß so erhöht werden, daß ihr jährliches Aufkommen zusammen mit den sonst noch möglichen weiteren steuerlichen Maßnahmen zur unmittelbaren Deckung der jährlich aufzuwendenden unrentierlichen Wohnungsbaukosten genügt, so daß langfristige Anleihen und die damit verbundene ständige Belastung des Kapitalmarktes überflüssig werden.

3. Die jetzige Fassung des § 9a des Kommunalabgabengesetzes betreffend die Heranziehung der Arbeitgeber zu Beiträgen für den Wohnungsbau ist als ein Fehlgriff anzusehen. Die praktische Unbrauchbarkeit des Gesetzes beginnt sich leider herauszustellen. Die Vertreter der Städte im Landtag müssen schleunigst auf die Verbesserung und Umänderung des Gesetzes hinwirken.

4. Arbeitgeber, welche ihre Fabriken in den letzten Jahren stark vergrößert haben und dadurch nachweislich zur Verschärfung des Wohnungselends beigetragen haben, sind zu Sonderleistungen heranzuziehen. Es muß ein Gesetz geschaffen werden, das es ermöglicht, die Baugenehmigung zu großen Fabrikbauten von dem gleichzeitigen Bau einer entsprechenden Zahl von Wohnungen abhängig zu machen.

5. Um bei der augenblicklichen Versteifung des Kapitalmarktes den Gemeinden durch unmittelbare Hergabe von Krediten zu helfen, muß die vom Reich kürzlich bewilligte Summe von 3 Milliarden Mark um ein Mehrfaches erhöht werden, da nach den bisher bekanntgewordenen Zahlen die vorhandenen Mittel nur ganz unzureichende Hilfe leisten können.

6. Der Krebsschaden des Baustoffwuchers muß ungesäumt durch gesetzliche Maßnahmen bekämpft werden. Dazu gehört auch die preiswerte Abgabe von Bauholz aus staatlichen Forsten.

Alle Behörden, Stadtgemeinden, Verbände und Vereine werden angesichts der Sorge um die Linderung des Wohnungselends dringend gebeten, im Sinne dieser Entschließung zu wirken.

Im Auftrage: Diefenbach, Stadtbaurat in Bochum; Köhler, 1. Beigeordneter in Barmen; Kullrich, Stadtbaurat in Dortmund; Schultz, Stadtbaurat in Bielefeld.

Wiedereinführung des Zeitungsbestellgeldes zum 1. Januar.

Wie die Telegraphen-Union aus unterrichteten Kreisen erfährt, ist die Reichspostverwaltung nicht in der Lage, dem Ersuchen des Postgebührenausschusses des Reichstages, von einer Wiedereinführung des Zeitungsbestellgeldes ab 1. Januar abzusehen, stattzugeben. Das Zeitungsbestellgeld wird also ab 1. Januar 1923 wieder erhoben werden.

Briefschreiber, Vorsicht vor der Spionage der Entente!

Aus dem besetzten Gebiet wird uns geschrieben:

Die Interalliierte Rheinlandkommission in Koblenz hat sich im Artikel 11 ihrer auf Grund des Abkommens über die militärische Besetzung der Rheinlande erlassenen Verordnung Nr. 3 vom 10. Januar 1920 das Recht zugesprochen, jederzeit die Aushändigung von Briefen und Postsendungen von den deutschen Behörden fordern zu können. Die Interalliierte Kommission kann also jederzeit und an jedem beliebigen Orte des besetzten rheinischen Gebiets ohne weiteres die Postüberwachung ausüben lassen. Nach den bisherigen Wahrnehmungen verfährt sie auch dementsprechend und läßt auf bestimmte oder unbestimmte Zeit bald in diesem, bald in jenem Orte des besetzten Gebiets eine Ueberwachung des Postverkehrs in mehr oder weniger großem Umfange eintreten. Da die Anordnungen über Ort und Zeit derartiger Postüberwachungen ganz von dem jeweiligen Belieben der Besatzungsbehörde abhängen, lassen sich nähere Angaben darüber nicht machen. In letzter Zeit sind derartige Ueberwachungen besonders seitens der französischen Besatzungsbehörde in erhöhtem Maße ausgeübt worden. Wenn auch die Ueberwachung in den meisten Fällen nur einige Tage gedauert hat, so scheint sie doch infolge ihres unvermuteten Einsetzens Ergebnisse gezeitigt zu haben, die für die davon betroffenen Personen unangenehme Folgen haben können.

Neben dieser offenen Postüberwachung, die den Empfänger der davon betroffenen Sendungen durch Verschlußstreifen bekannt wird, erfolgt zeitweise an einzelnen Stellen noch eine weitere heimliche Ueberwachung, ohne daß die ihr unterworfenen Sendungen äußerlich gekennzeichnet werden. Von der Geheimzensur werden besonders Sendungen von und an Behörden und von und an Handelsfirmen erfaßt. Derartige Fälle sind insbesondere bei der Zensurstelle, die die französische Besatzungsbehörde bei dem Postamt in Düsseldorf eingerichtet hat, und bei der von der belgischen Besatzungsbehörde in Duisburg eingerichteten Postüberwachungsstelle festgestellt worden. Aber auch Vorgänge bei anderen Zensurstellen haben die Annahme bestätigt, daß die Postüberwachung vielfach zu einer geheimen Handelsspionage ausgenützt wird.

Es ist daher dringend geboten, daß besonders Absender von Briefen nach dem Brückenkopf Düsseldorf größte Vorsicht beachten und Mitteilungen, die den Besatzungsbehörden nicht bekannt werden sollen, nicht auf einem Beförderungswege an die Empfänger gelangen lassen, der die Sendungen der Gefahr einer Eröffnung durch die Besatzungsbehörden aussetzt. Auch bei Sendungen nach den übrigen Orten des besetzten rheinischen Gebietes müssen sich die Absender immer der geschilderten Sachlage bewußt bleiben und in ihren Mitteilungen alles vermeiden, was im Falle einer Durchsicht ihrer Sendungen ihnen selbst und insbesondere den Empfängern zum Nachteil gereichen könnte.

Q **Gerichtspersonalie.** Der Bezirksrevisor Uhlenheuer vom Landgericht Bochum ist zum Justizamtmann am Essener Landgericht ernannt worden.

⇔ **Neue Personenzugverbindung Berlin—Köln.** Eine neue durchgehende Personenzugverbindung von Berlin über Hannover nach Köln ist jetzt eingerichtet worden. Der Personenzug von Köln 1,50 nachm., von Düsseldorf 3,20, Duisburg 4,10; Dortmund 6,15 nachm., Hamm 7,20 nachm., an Hannover 12,35 nachts, wird ab 12,57 beschleunigt bis Berlin durchgeführt, an Friedrichstraße 5,29 früh. Ein Gegenzug geht von dort 3,14 früh, an Hannover 8,30, ab 8,40, an Hamm 1239; Dortmund 1,24, Duisburg 3,54, Düsseldorf 4,59, Köln 7,44 nachm.

⇔ **Abschlagszahlung auf das Gehalt.** Eine Abschlagszahlung auf die Dienstbezüge nichtplanmäßiger Beamten ist jetzt vom Finanzminister genehmigt worden. Wenn solche Beamte ihre Dienstbezüge monatlich nachträglich erhalten, so können sie jetzt Mitte des Monats eine Abschlagszahlung in Höhe von einem Drittel der Monatsbezüge erhalten. Die Zahlung geschieht aber nur, wenn ein für allemal ein Antrag gestellt wird.

⇔ **Aus Wiemelhausen, Petribezirk.** Recht würdig und feierlich wurde das diesjährige Reformationsfest am Reformationstage selbst im hiesigen Bezirk gefeiert. Morgens wurde ein Festgottesdienst, bereichert durch einen gut geschulten Knabenchor, gehalten, der nicht nur von Kindern, sondern von einem großen Teil der Gemeinde, besonders auch von Beamten, gut besucht war. Am Abend fand im Saale von Knappmann (Post) eine trotz des schlechten Wetters gut besuchte Gemeindefeier statt. Herzliche Begrüßungsworte richtete Rektor Philipp an die Anwesenden und richtete ihre Blicke auf den Reformator hin. Der Festredner Rektor Brinkmann-Bochum wußte seine Hörer in seinen Bann zu ziehen mit seinem Vortrage, in dem er Luther als echt frommen und kerndeutschen Mann hinstellte, der unserem Geschlechte gerade in seiner jetzigen Notlage viel zu sagen hätte. Das Schluß- und Dankwort sprach Pastor Reckert. Eingeleitet wurde der Abend durch ein gemeinsam gesungenes Lied, verschönert und bereichert durch Lieder des Gemischten- und Frauenchores. Zwischendurch wechselten Deklamationen mit einer Aufführung von Mitgliedern des Jünglingsvereins: Luther in Worms. Die ganze Veranstaltung hinterließ einen tiefen Eindruck.

✕ **Kriegsteilnehmerfrontzulage.** Wir machen auf die in dieser Nummer enthaltene Bekanntmachung des städtischen Wohlfahrtsamtes aufmerksam, wonach diejenigen bedürftigen Kriegsteilnehmer von 1864, 1866, 1870/71, sowie die Witwen von solchen, die mindestens 5 Jahre in Bochum wohnen, den üblichen, vor Weihnachten zur Auszahlung kommenden Ehrensold am Donnerstag, den 9., oder Freitag, den 10. November, im städtischen Verwaltungsgebäude an der Trankgasse beantragen können.

Q **Schwurgericht.** Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verurteilte das Schwurgericht den Bergmann Bernhard Gusowski von Eppendorf wegen Blutschande zu 1 Jahre 1 Monat Zuchthaus.

⇔ **Aus dem Polizeibericht.** Durch Einbruch wurden gestohlen: aus dem Elisabeth-Krankenhaus 7 Kisten Butter und Stoffe; in Hordel aus einer Wohnung in der Karlstr. Wäsche; aus einer Wohnung in der Großen Beckstr. Bekleidungsstücke. — Gestohlen wurden: einer Frau in der Klosterkirche ein Schirm; aus einer Wohnung in der Alleestr. Wäsche und Bekleidungsstücke; aus einer Wohnung in der Steinstr. Geld und eine Damenuhr; von einem Dach in der Hernerstr. Bleibedeckung; aus einer Wohnung in der Humboldtstr. Schnürschuhe und ein Anzug; von einer Wiese an der Agnesstr. eine Gans; aus dem Flur eines Hauses in der Kortumstr. ein Fahrrad. — Festgenommen wurden: acht Personen wegen Diebstahls; fünf Personen wegen Glücksspiels; zwei Personen wegen Hehlerei und je eine Person wegen Betruges, Zuhälterei, Fahrraddiebstahls und auf Grund des Steckbriefes. — Bei der Kriminal-Abteilung hier befinden sich zwei Herrentaschenuhren, die anscheinend aus einem Diebstahl stammen. Interessenten wollen sich während der Dienststunden auf Zimmer 46 melden.

* **Neues Operetten-Theater.** Die Theaterleitung teilt uns mit: Das Gastspiel Heinrich Prang konnte um einige Tage verlängert werden. „Die Prinzessin vom Nil" bleibt nur noch bis Freitag auf dem Spielplan; am Samstag ist die Erstaufführung von „Der Mann mit den zwei Frauen" von Kraatz, Musik von Paul Linde. Prang spielt darin die Rolle des Ludwig Reimars, einer seiner besten Leistungen. Außerdem ist in „Der Mann mit den zwei Frauen" das gesamte Personal des Theaters beschäftigt. Mit diesem Stück verabschiedet sich Prang vom hiesigen Publikum.

⊙ **Noch gutgegangen.** Durch den Sturm der letzten Tage hatten sich vom Bahnhofsgebäude Bochum-Nord Teile der Dachrinne gelöst. Am Montag mittag stürzte ein größeres Stück der Rinne herab und schlug neben ein dort stehendes Gespann. Zum Glück wurden weder Mensch noch Tier getroffen.

Aus dem Landkreise Bochum.

Q **Weitmar,** 7. Nov. Die Strafkammer verurteilte den Gesteinshauer Osthoff von hier wegen Sittlichkeitsverbrechens zu 8 Monaten Gefängnis.

() **Werne,** 7. Nov. Jugendgruppe der Deutschen Volkspartei. Der für Freitag, den 3. November 1922, vorgesehene Vortrag von Herrn Gymnasiallehrer Hülsmann-Witten, über „Westfälische Geschichte" konnte leider nicht stattfinden, weil Herr Hülsmann infolge anderweitiger Inanspruchnahme nicht abkommen konnte. Der Vortrag wird jetzt am Freitag, den 17. November cr. stattfinden. Der Abend war deshalb in der Hauptsache der Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten gewidmet. Vier Neu-Aufnahmen waren zu verzeichnen; gleichzeitig wies der Vertreter der Tennisabteilung auf die die diesjährige Spielzeit abschließende kleine Feier hin, die demnächst stattfinden soll. Der Einladung der Jugendgruppe Hattingen zu ihrem „Deutschen Abend" am 4. November 1922 konnte leider nicht nachgekommen werden; auch auf das am 11. November cr. stattfindende Fest der Jugendgruppe Witten wurde aufmerksam gemacht. In dieser Versammlung konnte der Bibliothekar auch mit der Ausgabe der Bücher beginnen, von welcher Möglichkeit regen Gebrauch gemacht wurde. Gesellige Unterhaltungsspiele und Musik beschlossen den Abend. Im Laufe der kommenden Woche wird nunmehr auch mit dem Proben für das in Aussicht genommene Winterfest begonnen werden. Am Freitag, den 10. November 1922, wird Parteisekretär Emil Wilich-Bochum, bei uns über die politische Lage sprechen. — Am Sonnabend, den 4 November

Varus, gib mir meine Legionen wieder!

Dieser Verzweiflungsruf des Kaisers Augustus wandelt sich für Ungezählte in unsern Tagen in das laute oder heimliche Seufzen: „Hätt' ich doch meine Nerven von früher!" — Unübersehbar ist die Schar von Abgearbeiteten, Immermüden, Rekonvaleszenten, die nach überstandener Krankheit sich nicht erholen können. Ein Heer für sich bilden die in der Nervenmühle großstädtischer Hast Zerriebenen, die Blutarmen, Bleichsüchtigen, die Sonnenlosen, die bei der Teurung an keine durchgreifende Erholung im Gebirge oder an der See denken können. Aber eins hilft gewiß: das bluterneuernde, nervenstärkende, von vielen Aerzten empfohlene, gesetzlich geschützte Stärkungsmittel Neoferrol aus der Chemischen Fabrik J. F. Neuhaus! Das gibt die Nerven von früher wieder!

Ein dankbarer Patient schreibt: „Nachdem ich fast alle andern Mittel erfolglos versucht hatte, wurde ich auf Neoferrol aufmerksam . . . Nach kaum einer Woche war schon eine bedeutende Besserung eingetreten, die auch weiter anhielt!" — Neoferrol ist in allen Apotheken und Drogerien in flüssiger Form zu 365.— Mk. oder in Pillenform zu 100.— Mk. erhältlich.

Niederlagen: Alte Apotheke, Marktplatz, Ecke Rosenstr.; Hubertus-Apotheke, Bochum-Ehrenfeld; Drogerie E. A. Hucklenbroich, Brückstr. 55; Drogerie F. u. H. Knepper, Dorstenerstr. 93; Drogerie Störing, Hellwegstr. 1; Germania-Drogerie, Carl Balkenhol, Kaiser-Friedrich-Platz 9; Humboldt-Drogerie, Eugen Schuh, Allee- u. Humboldtstr.-Ecke; Kronen-Drogerie, Josef Grosche, Jäger- u. Kronenstr.-Ecke; Präsident-Drogerie, Friedr. Meißner, Dorstenerstraße 72; Rechen-Drogerie, Heinrich Wippermann jr., Westfalenplatz Schwanen-Drogerie, A. Peil, Friedrichstr. 34; Stadt-Drogerie Bongardstr. 18; Westfalia-Drogerie, Hattingerstr. 34. In Weitmar b. Bochum: Drogerie W. Stens, Hattingerstr. 88; Drogerie Otto Wehmer, Hattingerstr. 155.

Die Auswanderer.

Original-Roman von O. Elster.

8) (Nachdruck verboten.)

„Ich möchte doch zuerst mit meinem Vetter sprechen," erwiderte Helmut.

„Ist nicht nötig. Meine Unterschrift gibt Ihnen volle Sicherheit. Außerdem weiß ich nicht, ob Sie morgen schon Winckler sprechen können. Wir wollen einmal an ihn telephonieren, dann stelle ich Ihnen morgen mein Pferd und meinen Diener zur Verfügung, der Ihnen den Weg zur Estancia Winckelers zeigt. Die Papiere sind hier sicherer als bei Ihnen oder in Ihrem Hotel."

„Da haben Sie recht. Also hier sind die Papiere —"

Helmut holte seine Ledertasche unter seiner Weste hervor, in der die Papiere sich befanden. Bendemanns Augen leuchteten auf, als er die Wertpapiere sah. Dann schloß er den riesigen Geldschrank auf und öffnete ein verschließbares Fach.

„Hier legen Sie nur Ihre Wertpapiere hinein — da haben Sie auch den Schlüssel zu dem Fach, das Ihnen allein gehört. Und nun will ich Ihnen die Quittung geben."

Er schrieb den Schein aus und reichte ihn Helmut, der ihn in seine Brieftasche legte. Dann schloß Herr Bendemann den Geldschrank wieder. Es war, als ob sich seiner Brust ein Seufzer der Erleichterung entringen wollte. Seine Wangen färbten sich tiefer, seine Stimme zitterte leicht. Doch rasch überwand er die Erregung und fuhr in seinen Mitteilungen fort.

„Ja, Winckler ist recht krank gewesen. Na, Sie werden ja selbst sehen. Frau Winckler dagegen ist eine resolute Dame und kerngesund. Sie freut sich, Sie zu sehen. Vielleicht um der Töchter willen, die sie sehr gern an den Mann bringen möchte. Vielleicht sind Sie nicht abgeneigt —"

„Herr Bendemann, ich muß doch bitten —"

„Nun, nun, Fräulein Carmen und Fräulein Isabella sind wirklich reizende junge Damen. Ich bin leider schon zu alt zum Heiraten," setzte er mit einem kurzen Auflachen hinzu.

„Wollen wir nicht lieber dieses Thema fallen lassen?" fragte Helmut, unsympathisch berührt durch die ungenierte Sprache Bendemanns.

„Wie Sie wollen. Darf ich Ihnen nun Ihre Zimmer zeigen?"

Er führte ihn in den ersten Stock und zeigte ihm zwei hübsch eingerichtete Zimmer, ein Wohnzimmer, das nach der Straße, und ein Schlafzimmer, das nach dem Hofe hinausging.

„Diese Zimmer hat Frau Winckler für Sie bestimmt," sagte Bendemann. „Sind Sie zufrieden?"

„Ich bin Frau Winckler sehr dankbar, die Zimmer sind wunderhübsch."

„Ja, auf die Einrichtung verstehen sich die Damen. Uebrigens müssen Sie für Ihren Unterhalt selbst sorgen, da ich nicht in dem Hause wohne."

„Bitte — ich will Sie nicht in Anspruch nehmen. Ich bin gewohnt, für mich selbst zu sorgen."

„Umso besser. Ihren Matrosen können Sie ja als Diener beibehalten. Ich werde ihm ein kleines Zimmer in Ihrer Nähe anweisen."

„Das wäre mir allerdings sehr angenehm."

„Nun, dann ist ja alles in bester Ordnung. Wollen Sie heute mittag mein Gast sein?"

„Ich muß leider danken. Ich habe noch einige Wege zu machen, und dann möchte ich meine Uebersiedelung nach hier bewerkstelligen."

„Wie Sie wollen, dann ein ander Mal. Ich schicke Ihnen jetzt Ihren Matrosen. Auf Wiedersehen, Herr Rutenberg."

„Auf Wiedersehen."

Herr Bendemann empfahl sich und Helmut atmete wie befreit auf. Je näher er den Kompagnon seines Vetters kennen lernte, desto unsympathischer ward er ihm. Vielleicht tat er dem Mann Unrecht, denn er nahm sich seiner doch mit großer Liebenswürdigkeit an und genoß im übrigen ja auch das Vertrauen Wincklers, der die Leitung des großen Geschäftes ganz in seine Hände gelegt zu haben schien.

„Melde mich zur Stelle, Herr Oberleutnant," sagte er und nahm eine militärisch-dienstliche Haltung an.

„Lassen Sie das, lieber Johannsen," entgegnete Helmut. „Unsere alten Verhältnisse müssen wir hier vergessen. Wir sind jetzt einander nichts weiter als ein paar gute Freunde, die ihr Leben gemeinsam wieder aufbauen wollen. Wenn ich Ihnen dabei nützlich sein kann, soll es gern geschehen, und wenn Sie mir helfen wollen, erkenne ich das dankbar an."

„Aber, Herr Bendemann meinte doch, ich soll Ihr Diener sein —"

„Nicht mein Diener, sondern mein Freund. In dieser Stellung begrüße ich Sie mit Freude. Herr Bendemann hat da über meinen Kopf hinweg bestimmt."

„Ja, Herr Rutenberg, Herr Bendemann gefällt mir nicht besonders."

„Wir wollen nicht vorschnell urteilen. Jedenfalls haben wir vorerst ein anständiges Unterkommen. Wie sich alles gestalten wird, hängt von meinem Vetter, Herrn Winckler, ab, mit dem ich morgen Rücksprache nehmen werde. Jetzt wollen wir unsere Sachen nach hier schaffen. Wollen Sie mir dabei helfen?"

„Mit Freuden, Herr Rutenberg."

„Dann kommen Sie. Wir nehmen ein Auto und holen uns unser Gepäck."

Sie verließen gemeinsam das Haus, das jetzt in mittäglicher Ruhe dalag. Auch die Geschäftsräume waren geschlossen, nur der Zigaretten rauchende Pförtner trieb sich in dem Hausflur umher.

Helmut sagte ihm Bescheid und der würdige Mann nickte wohlwollend mit dem Kopfe, rührte aber sonst keinen Finger, um Helmut zu helfen.

6.

Am andern Morgen ritt Helmut, gefolgt von einem „Peon", einem Diener in der landesüblichen Tracht: breitrandigem spitzen Strohhut, rotem Poncho und hohen bis über die Knie reichenden Ledergamaschen, während an den Hacken seiner Schnürschuhe die großen Sporen klirrten, — durch die schon früh am Tage belebten engen Straßen zum Tore der Stadt hinaus, der Estancia Wincklers zu. Von einem Tore der Stadt konnte man indessen nicht gut sprechen, denn breitauslaufend verloren sich die Gassen der Stadt in die ländliche Umgebung, die mit ihren vielen ländlichen Besitzungen und reichem Anbau einem einzigen Garten glich. Der Weg führte von der großen Straße abbiegend zwischen diesen Gärten und Feldern vorüber, die meistens durch blühende Aloen und Cactus eingefriedigt waren, dicht an dem mächtigen La Plata-Strom entlang, der von Dampfern und Segelbooten reichlich belebt war. War doch der Strom bis nach Santa Fez hinauf selbst für große Dampfer und Segler schiffbar.

An Abwechslung fehlte es daher nicht, wenn auch die Gegend an sich reizlos und die Fernsicht durch keinen hohen Baum unterbrochen wurde. Je weiter man kam und die bebaute Zone der Umgebung der Stadt verließ, desto unabsehbarer breitete sich eine grenzenlose Fläche vor den Augen aus, der Vorläuferin der wilden Pampas. Jetzt machten sich auch schon zahlreiche weidende Rinder- und Pferdeherden bemerkbar, die den Reichtum des Landes bildeten.

Doch plötzlich änderte sich die Szenerie.

Ein sanft abfallender Höhenzug begleitete in einiger Entfernung den breit dahinflutenden Strom, Gebüsch und hochstämmiger Wald, aus dem einzelne prachtvolle Wehmutskiefern und Palmen hoch emporragten, bedeckte die leichtgeschwungene Anhöhe, die sich anmutig zum Fluß abdachte. Und zwischen all dem Grün und den blühenden Aloen und Kakteen erhob sich ein weißes Gebäude mit breitauslandendem Dach und einer Veranda, die sich vor der ganzen Front des Hauses entlangzog. Blühende Schlingpflanzen rankten sich an den Säulen empor. In den Fenstern blitzte die Sonne, ein von herrlichen Blumen und Sträuchern angefüllter Garten breitete sich vor dem Gebäude aus, von dessen Veranda man einen reizvollen Blick über den belebten Strom bis zu dem in der Ferne verschwimmenden Ufer von Uruguai genießen mußte.

Wie Helmut später erfuhr, lagen rückwärts dieses reizenden Landsitzes allerhand Wirtschaftsgebäude, denen sich Felder und Wiesen und schließlich die grenzenlos erscheinenden Pampas anschlossen.

„Das ist La casa blanca des Senor Winckler," sagte der jetzt neben Helmut reitende Peon, auf das weiße Haus weisend.

Ja, das war ein herrlicher Platz, sich von schwerer Krankheit zu erholen und des Lebens Not und Qual zu vergessen.

(Fortsetzung folgt.)

Verkäufe

Obstliebhaber! einige Zentner gutes Tafelobst

Holz-Baracke

Leih-Bibliothek

Möbel

Deutscher Grundstückmarkt.

Verlag: Krüger, Bielefeld.

1922 fand im Vereinslokale eine Zusammenkunft des Vorstandes statt. Besprochen wurde in der Hauptsache das Winterfest sowie die im Kreise der Jugendgruppe zu veranstaltende Weihnachtsfeier. Das Arbeitsprogramm für die Zeit bis Dezember wurde bekannt gegeben. Es erfährt durch die Verschiebung des ersten Vortrages von Herrn Hülsmann eine kleine Veränderung. Eine Neuregelung des Anmeldewesens wurde beschlossen sowie darauf hingewiesen, daß für die Beleuchtung der Räume bei den wöchentlichen Veranstaltungen jetzt die Tarifpreise des Gaswerks an den Vereinswirt zu zahlen sind. Für die Jugendgruppe bedeutet dies eine erhebliche Belastung und es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß die Aufbringung dieser Beträge ohne Erhöhung der Beiträge möglich ist.

Aus der Nachbarschaft.

* **Herne**, 7. Nov. Versuchter Mord. Einen Mordversuch an einem Mädchen aus der Kolonie in Horsthausen verübte der Bergmann F. von hier, der auf der Zeche Friedrich der Große beschäftigt ist. Der Betreffende verkehrte schon seit längerer Zeit mit dem Mädchen; eines Tages löste dieses das Verhältnis. Darüber war F. sehr ungehalten. Am Sonntag abend traf er das Mädchen im Volkshause wieder; es kam zu einer erregten Auseinandersetzung, wobei F. ein langes Messer zog mit der Drohung, daß das Mädchen nicht lebend heimkomme. Das Mädchen begab sich nun mit mehreren Bekannten auf den Heimweg. Der Bergmann F. ging nun später ebenfalls heim in Begleitung mehrerer Kameraden; einer von diesen erzählte, daß er einen Revolver bei sich trage. F. bat den Kameraden, ihm diese Waffe auszuhändigen; der Betreffende übergab ihm die Waffe, ohne von dem Streit F.'s mit dem Mädchen und den Mordabsichten etwas zu ahnen. In der Wernerstraße begegnete F. nun wieder dem Mädchen in Begleitung. Er ging auf sie zu und drohte jedem, der sich ihm näherte, zu erschießen. Darauf ging der Bursche auf das Mädchen zu und setzte ihm die Waffe an den Kopf. Der Schuß ging aber nicht los, da die Waffe gesichert war. Das Mädchen schrie um Hilfe, worauf mehrere Personen herbeieilten. F. feuerte einen Warnungsschuß in die Luft ab; niemand wagte, sich ihm zu nähern. Dann richtete er den Revolver wieder auf das Mädchen und feuerte ab. Dieses hatte sich gebückt und so ging der Schuß an der Wange vorüber und verletzte leicht das Auge. F. ließ auch jetzt noch nicht von seinem Opfer ab. „Wenn ich Dir das Auge ausgeschossen habe, muß ich Dich auch ganz abmorden." Unter solchen Drohungen machte er die Waffe wieder schußfertig. Das Mädchen flehte den Rohling an und versprach auch, wieder mit ihm zu verkehren. Der Bursche ließ nun von seinem Vorhaben ab und brachte das Mädchen nach Hause. Unterwegs zeigte er ihr noch ein langes Messer mit der Drohung: „Mit diesem Messer kann ich Dich ganz durchbohren, wenn Du nicht willst." Am nächsten Morgen wurde sofort Anzeige erstattet und der rohe Bursche festgesetzt. (Herne. Ztg.)

× **Eppendorf**, 7. Nov. Brand. Am Samstagmorgen gegen 9 Uhr brach bei dem Gutsbesitzer Oberhagemann an der Höntroperstraße ein Scheunenbrand aus. In der Scheune waren Heu und Stroh in Brand geraten. Die herbeigerufene Berufsfeuerwehr Bochum brauchte nicht mehr in Tätigkeit zu treten. Die Freiwillige Feuerwehr hatte den Brandherd bereits erstickt.

n. **Stiepel**, 6. Nov. Schulvorstand. Für die freie Lehrerstelle an der Schule Voßkuhl wurde der Lehrer Otto Born aus Bochum gewählt. Der ev. Kirchengemeinde wurde die Benutzung der Schulen Dorf und Schrick für Bibelstunden gegen Entschädigung für Heizung und Licht gestattet. Dem Pfarrer Balster wurde eine überzählige Schulwandtafel für den kirchlichen Unterricht überlassen. Die Gebühren für die Schuldienerinnen wurden auf 800 Mk. für die Volksschulklasse und 100 Mk. für die Fortbildungsschulklasse monatlich rückwirkend ab 1. Okt. erhöht. Die Materialien für die Reinigung soll fortan die Gemeinde stellen, die sie für alle Schulen einkauft. Der Zugang zur Schule Brockhausen soll baldigst ausgebessert werden.

n. **Stiepel**, 6. Nov. In der Wirtschaft von Hagen wurden nachts Schmalz, Zigarren und Liköre aus dem Keller gestohlen. Mit Hilfe von Polizeihunden fand man bald den Dieb in der Person des Bergmanns K. von der Knappenstraße in Weitmar, dem die gestohlenen Waren wieder abgenommen werden konnten. — Auf der Zeche Karl Friedrich wurde in letzter Zeit viel Eisen gestohlen. Trotz großer Bemühungen konnte man den Dieben nicht auf die Spur kommen, bis kürzlich der Nachtwächter eine Frau aus Weitmar mit ihren Söhnen auf frischer Tat ertappte. Als man die Wohnung der Diebe durchsuchte, fand man ein ganzes Lager gestohlener Metalle. — Bei dem Händler H. wurde von der Wucherpolizei ein Faß Oel beschlagnahmt. — Festgenommen wurde eine Person, die des Meineides verdächtig ist.

Aus den Provinzen.

w. **Recklinghausen**, 7. Nov. Verunglückt. Samstag morgen ist der unverheiratete Schreiner Johmann in der Hauptwerkstatt Recklinghausen dadurch tödlich verunglückt, daß er zwischen die Puffer zweier Wagen geriet. Die Schuldfrage ist noch nicht gelöst.

* **Dortmund**, 7. Nov. In der vergangenen Nacht drang ein fremder Hund in eine Schafherde ein, die in einer Umzäunung in der Nähe der Eisenbahnstrecke Dortmund—Hörde lagerte. Der Hund zerriß ein Schaf. Die übrigen Tiere brachen aus der Umzäunung aus und liefen auf den Bahnkörper, wo sie von einem um diese Zeit herankommenden Eilzug erfaßt wurden. 45 Tiere wurden dabei getötet.

* **Ahlen**, 7. Nov. Ein großes Feuer äscherte die große mechanische Schreinerei des Herrn Kockenbuch, Ecke Bochumer- und Nottmannstraße, in Ahlen bis auf die nackten Mauern ein. Das Feuer fand immer neue Nahrung an dem großen Holzvorrat, der darin lagerte, auch sämtliche Hobelbänke, Maschinen usw. sind verbrannt. Den Besitzer trifft großer Schaden, da nichts gerettet werden konnte. Die Entstehungsursache des Brandes war bis zur Stunde noch nicht zu ermitteln.

* **Herford**, 7. Nov. Unglücksfall. Ein aufregendes Bild bot sich den Einwohnern der alten Kolonie. Ein jugendlicher Anstreicher, der damit beschäftigt war, die Leitungsmasten zu streichen, griff versehentlich an den Draht der Starkstromleitung. Er erhielt einen elektrischen Schlag und hing nun etwa 40 Minuten hilflos an einem Seitenarm an der Spitze des Mastes; den Kopf nach unten, schien er jeden Augenblick herunter zu fallen. Dem Unglücklichen waren beide Arme verbrannt und er wurde nach der Einlieferung ins Krankenhaus.

Handel / Industrie / Verkehr

1 Dollar am 7. Nov. 8428 Mark.
(Nach der amtlichen Berliner Notierung) „ 6. „ 6408 „

Amtliche Devisenkurse. (Berlin)

Für drahtliche Auszahlungen		6. Nov. Geld	6. Nov. Brief	7. Nov. Geld	7. Nov. Brief	Höchst. bish. G.
Holland	1 G.	2493.75	2506.25	3291.75	3308.25	1925.17
Belgien	1 Fr.	407.97	410.03	508.72	511.28	319.20
Norwegen	1 Kr.	1162.08	1167.92	1496.25	1503.75	832.76
Dänemark	1 Kr.	1286.77	1293.23	1655.85	1664.15	985.03
Schweden	1 Kr.	1715.70	1724.30	2204.47	2215.53	1921.68
Italien	1 Lir	269.32	270.68	344.13	346.87	211.96
England	1 St.	28428.2	28571.2	37406.2	37593.7	21945.
Amerika	1 D.	6408.93	6441.07	8428.87	8471.13	4925.15
Frankreich	1 Fr.	438.90	441.10	558.60	561.40	344.12
Schweiz	1 Fr.	1182.03	1187.97	1551.11	1558.89	902.73
Spanien	1 Pes.	980.04	984.96	1256.85	1263.15	753.11
Dtsch.-Oest.	100 Kr.	8.97	9.03	11.87	11.93	— —
Tsch.-Slow.	1 Kr.	206.48	207.52	274.31	275.69	157.60
Ungarn	1 Kr.	2.74	2.76	3.59	3.61	2.07

Rheinisch-Westfälischer Devisenmarkt.

p. In den Nachmittagsstunden zogen die Kurse der ausländischen Zahlungsmittel weiter an. Angebote kamen fast garnicht heraus, dagegen war die Nachfrage sehr stark. Genannt wurden: **Holland 3475 — 3525, Belgien 510 — 520, Frankreich 560 — 580, England 40 000 — 40 100, Newyork 8800 — 8900.**

Das Rhein.-Westf. Kohlensyndikat

legt der am 16. November d. J. stattfindenden ordentl. General-Versammlung den

Jahresbericht über das Geschäftsjahr 1921/22

vor. Der Vorstand erörtert zunächst die beiden Hauptübel, an denen die deutsche Volkswirtschaft hinsiecht, und die auch im Berichtsjahre wirksam geblieben sind:

Reparationen und Mindererzeugung.

Dazu wird u. a. ausgeführt: „Die Gütererzeugung liegt weit unter der früheren Höhe. Das Deutsche Reich hat nicht nur die hochentwickelten Industriebezirke im Westen und Osten verloren und gewaltige Mengen von Produktionsmitteln abgeben müssen, auch die ihm verbliebene Möglichkeit der Gütererzeugung wird nicht annähernd in dem Grade ausgenutzt, wie in der Zeit vor dem Umsturz. Die unheilvolle Wirkung der Reparationen wird durch diese Mindererzeugung noch vergrößert. Die deutsche Volkswirtschaft wird ausgesaugt. Das produktive Kapital geht mit der täuschenden Hilfe der Notenpresse in den Verkehr über und wird in Löhnen und Gehältern aufgezehrt. Infolgedessen wird die Wirkung dieses furchtbaren Prozesses von den breiten Massen bisher noch verhältnismäßig wenig verspürt, während andere Schichten des Volkes zum Schaden des Gesamtwohls schon jetzt im Elend versenken. Dieser Weg muß im Chaos enden, wenn das Volksvermögen soweit aufgezehrt ist, daß auch mit diesem Mittel die Volksernährung nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Aber diese Erkenntnis hat bisher, wenn sie auch an Boden gewonnen hat, noch nicht genügt, um eine Umkehr auf dem unseligen Wege herbeizuführen. Auch in den Ententeländern ist der Gedanke, daß in der deutschen Not eine ernste wirtschaftliche und politische Bedrohung für sie selbst liegt, noch nicht stark genug geworden, um in der Reparationsfrage die Vernunft zu Worte kommen zu lassen. Noch immer müssen wir Unmögliches erfüllen. In ohnmächtigem Grimme und fatalistischer Ergebung liest das deutsche Volk am Stande des Dollars die Vernichtung seiner Wirtschaft ab und sieht ratlos und hoffnungslos den Erschütterungen des endgültigen Zusammenbruches entgegen. In der Art der Reparationsleistung hat sich in dem Berichtsjahre eine Aenderung vorbereitet, die für das deutsche Wirtschaftsleben von schwerwiegender Bedeutung ist. An die Stelle von Goldzahlungen sollen in größerem Umfange Sachleistungen treten. Nachdem einmal dieser Weg beschritten ist, wird die Industrie versuchen, auf ihm Beschäftigungsmöglichkeiten zu erhalten, die übernommenen Leistungen mit einem möglichst hohen Wirkungsgrad für beide Teile auszuführen und auf diesem unmittelbaren Wege den Boden für eine wirtschaftlich und damit auch politisch vernünftige Regelung der Reparationsfrage zu ebnen."

Der Kohlenbergbau im Ruhrbezirk

blieb im Berichtsjahre von großen Erschütterungen verschont. Trotzdem konnte er eine zufriedenstellende Entwicklung nicht nehmen. Die Förderung hatte durch das Aufhören der Ueberschichten im März 1921 einen starken Rückschlag erfahren. Im Wege der Belegschaftsvermehrung trat zwar eine allmähliche Steigerung ein; das Gesamtergebnis bleibt aber noch weit hinter dem der Vorkriegszeit zurück. Zu Ueberschichten war die Belegschaft im Laufe des Berichtsjahres nicht zu bewegen; erst für September 1922 kam ein neues Abkommen zustande. Die Kohlennot dauerte in Deutschland an, während in der ganzen Welt Kohlenüberfluß herrschte.

Die Entwicklung der Kohlenpreise

spiegelt die Geldentwertung wider. Bei den Preisverhandlungen mit dem Reichskohlenverband, Reichskohlenrat und Reichswirtschaftsministerium ist es uns, so heißt es im Bericht, überaus schwer geworden und nicht immer gelungen, die Preise der Geldentwertung so anzupassen, daß unseren Mitgliedern genügende Mittel blieben, um die Produktionskraft ihrer Zechen zu erhalten. Theoretisch erkennt man diese Forderung wohl als berechtigt an, praktisch aber macht man trotz der ungünstigen Folgen, die die Festhaltung der Preise im Vorjahre gezeitigt hatte, bei jeder Preisfestsetzung neue Schwierigkeiten. Am 1. April 1922 wurde die Kohlensteuer von 20. v. H. auf 40 v. H. erhöht; auch die Umsatzsteuer erfuhr mit Wirkung vom 1. Januar 1922 eine Steigerung von 1½ v. H. auf 2 v. H. Die Sondersteuer treibt den Preis weit über das durch die Geldentwertung bedingte Maß hinaus. Die hohe Steuerauflage kann von der Kohle nur vorübergehend getragen werden. Die Kohlensteuer muß abgebaut werden, sobald nur dadurch dem deutschen Kohlenbergbau oder den Kohle verbrauchenden Industrien die Wettbewerbsfähigkeit erhalten werden kann.

In den inneren Verhältnissen des Syndikats

bereiteten sich im Berichtsjahre wesentliche Veränderungen vor. Der bisherige Syndikatsvertrag ging mit dem 31. März 1922 zu Ende. Er war zwar der Kohlenwirtschaftsgesetzgebung von 1919 angepaßt worden, aber wenn dabei auch das ganze Wesen unseres Syndikats durch die Eingliederung in die Gemeinwirtschaft von Grund auf geändert worden war, so war doch bei dieser Gelegenheit der innere Aufbau des Syndikats unberührt geblieben. Jetzt aber drängte die wirtschaftliche Entwicklung zu einer Neuregelung der innersyndikalischen Verhältnisse. Die Konzentrationsbewegung, die ein typisches Merkmal der industriellen Entwicklung der letzten Jahre ist, hatte sich besonders auch in der Schwerindustrie geltend gemacht. Alte Hüttenzechen hatten sich Konzerne erweitert; reine Zechen hatten sich Verbraucherwerke angegliedert. Daraus ergaben sich Forderungen nach einem erweiterten und anpassungsfähigen Selbstverbrauchsrecht. Die privatwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Berechtigung dieser Wünsche wurde durch die Selbstverbrauchsbestimmungen des neuen Syndikatsvertrages anerkannt. Eine weitere grundsätzlich bedeutungsvolle Aenderung liegt in den Bestimmungen, die eine Beteiligungserhöhung für besonders hohe Leistungen im Jahre 1921 gewähren und für die Vermehrung der Förderung durch neue Schachtanlagen in Aussicht stellen. Ein Zeichen für die Unsicherheit unserer ganzen Wirtschaftslage ist es, daß der neue Syndikatsvertrag, der nach einer vorläufigen Zwangsverlängerung des alten Vertrages erst zum 1. Mai 1922 in Wirkung trat, nur auf 11 Monate abgeschlossen ist und sogar zum 30. September 1922 gekündigt werden konnte. Letzteres ist nicht geschehen, so daß der Vertrag bis zum 31. März 1923 läuft.

Die Steinkohlengewinnung Deutschlands

konnte im Jahre 1921 ihre aufsteigende Richtung, die sie nach Ueberwindung des Krisenjahres 1919 eingeschlagen hat, zwar beibehalten; die Steigerung war aber gering. Die Förderung blieb mit 136,2 Millionen Tonnen (ohne Saarrevier) noch wesentlich hinter der Friedensförderung, die 1913 für das gleiche Gebiet 177,1 Millionen Tonnen betrug, zurück. Gegenüber dem Vorjahre ergibt sich, wenn man das Saarrevier nicht berücksichtigt, eine Zunahme von 4,86 Millionen Tonnen oder 3,7 v. H.

Im Ruhrrevier stieg die Förderung von 88,3 Millionen Tonnen in 1920 auf 94,1 Millionen Tonnen in 1921, was eine Zunahme von 6,56 v. H. gegenüber einer solchen von 24,0 v. H. im Vorjahre bedeutet. Die Förderung erreichte hiermit 82 v. H. der Förderung des Jahres 1913, während sie im Vorjahre 76,8 v. H. betrug. Auch diese bescheidene Vermehrung der Erzeugung konnte nur dadurch erreicht werden, daß die Belegschaftsziffer von 532 798 Mann Ende 1920 auf 559 589 Mann gehoben wurde. Ein wesentlich besseres Ergebnis hätte erzielt werden können, wenn die bis März 1921 verfahrenen Ueberschichten nicht weggefallen wären. Gegen Ende des Geschäftsjahres setzte eine ziemlich erhebliche Abnahme der Belegschaft ein, hauptsächlich infolge Abwanderung in die Bauindustrie und in das Ausland.

Die Kohlenförderung des Ruhrbeckens im Monat Oktober 1922.

Die Kohlenförderung des Ruhrbeckens (einschl. der linksrheinischen Zechen) wird für den Monat Oktober 1922 auf etwa 8,8 Mill. Tonnen in 26 Arbeitstagen veranschlagt. Im September 1922 stellte sich die Kohlenförderung in 26 Arbeitstagen auf 8.3 Mill. Tonnen und im Oktober 1921 auf 8.05 Mill. Tonnen in 26 Arbeitstagen. Arbeitstäglich gerechnet, wird sich für Oktober 1922 voraussichtlich die Förderung auf etwa 338 000 Tonnen stellen, gegenüber einer arbeitstäglichen Förderung von 317 911 Tonnen im September 1922 und von 309 514 Tonnen im Oktober 1921. Die im Oktober 1922 im Vergleich zum vorhergehenden Monat erzielte Mehrförderung von rund 20 000 Tonnen ist zum Teil auf die stärkere Beteiligung an der Ueberarbeit, zum Teil auf die Belegschaftsvermehrung zurückzuführen.

* **Eisenpreissteigerung.** (Vom Deutschen Stahlbund.) Die seit dem 31. v. M. bis einschl. 6. d. M. eingetretene Markverschlechterung und die dadurch bedingte Verteuerung der ausländischen Rohstoffe macht gemäß dem Beschluß des gemeinschaftlichen Richtpreisausschusses eine Steigerung des Thomasstabeisen-Grundpreises um 22 000 Mk., gleich 16,67 Proz. des bisherigen Preises, sowie der übrigen Richtpreiserzeugnisse um den gleichen Prozentsatz ab 8. Nov. d. J. erforderlich. Demgemäß betragen die Richtpreise (Werksgrundpreise) ab 8. Nov. d. J. für 1000 Kg. in Thomashandelsgüte mit bekannten Frachtgrundlagen:

Rohblöcke	112 800	Mk.
Vorblöcke	124 500	„
Knüppel	129 700	„
Platinen	133 500	„
Formeisen	152 100	„
Stabeisen	154 000	„
Universaleisen	167 300	„
Bandeisen	178 600	„
Walzdraht	165 300	„
Grobbleche 5 Millim. u. darüber	173 000	„
Mittelbleche 3 bis unt. 5 Millim.	196 000	„
Feinbleche 1 bis unter 3 Millim.	215 100	„
Feinbleche unter 1 Millimeter	228 800	„

Die seit dem 1. Oktober d. J. geltenden Mehrpreise für Lieferung in Siemens-Martin-Handelsgüte wurden nicht geändert.

* **Handelsschrauben-Vereinigung.** Die Vereinigung hat insofern eine Aenderung in der Preisfestsetzung mit Wirkung ab November vorgenommen, als die bisherigen Preise für 100 Stück nunmehr für 1 Stück Geltung haben, und zwar mit folgenden Aufschlägen: Maschinen-, Stell- und Radschrauben, 5—12 Millimeter Stärke, 500 Prozent, dieselben über 12 Millimeter 750 Prozent, Schloßschrauben, Hülsen- und Wagenbauschrauben, sowie Pflugschrauben bis 8 Millimeter 660 Prozent, dieselben über 8 Millimeter 600 Prozent, Schlüsselschrauben, 5—12 Millimeter 450 Prozent, dieselben über 12 Millimeter 500 Prozent, Anschweißenden und Muttern 750 Prozent Aufschlag.

* **Der Ausweis der Reichsbank** vom 31. Okt. schließt mit neuen, das bisher gekannte Maß weit überschreitenden Höchstziffern in den Kreditansprüchen an die Bank wie in der Banknotenausgabe ab. Die gesamte Kapitalanlage schwoll um 96,3 Milliarden Mark auf 579,5 Milliarden Mark an. Die bankmäßige Deckung allein hob sich um 96,1 Milliarden Mark auf 578,4 Milliarden Mark; von dieser Steigerung entfielen 24,7 Milliarden Mark auf Wechsel und 71,4 Milliarden Mark auf Reichsschatzanweisungen. Die Gegenwerte der beanspruchten Kreditbeträge wurden der Bank wiederum zum größten Teil in Zahlungsmitteln entzogen; die bei den fremden Geldern zu beobachtende Zunahme um 28,6 Milliarden Mark auf 140,8 Milliarden Mark bleibt demgemäß erheblich hinter der Vermehrung der Anlagekonten zurück. Die neuen Abflüsse an Banknoten beliefen sich in der Berichtswoche auf 59,5 Milliarden Mark. Damit erreichte der Banknotenumlauf die Höhe von 469,5 Milliarden Mark, während sich der Umlauf an Darlehnskassenscheinen auf 14 Milliarden Mark stellte. Die Darlehnsbestände der Darlehnskassen stiegen zum Monatsschluß um 1,7 Milliarden Mark auf 55,1 Milliarden Mark. Da die Darlehnskassen einen diesem Zugang entsprechenden Betrag an Darlehnskassenscheinen an die Reichsbank abzuführen hatten, so nahmen deren Bestände an solchen Scheinen unter Berücksichtigung der in den Verkehr abgegebenen Summe auf 41 Milliarden Mark zu.

* **Westdeutsche Industrie-Bau-A.-G. vorm. W. Schlansstein in Steele-Ruhr.** Die heutige Generalversammlung wählte neu in den Aufsichtsrat Generaldirektor Lencen und Direktor Hoffmann von der Westfalia-Dinnendahl A.-G. Ferner Herr Brockmann von der Niederlassung Mörs-Linkfort. Als Großaktionär Generaldirektor Dehnke von der Gewerkschaft Graf Bismarck, der an dem Unternehmen Interesse hat, sowie Direktor Weidenhammer von der Deutschen Bank Duisburg. Ueber den Geschäftsgang wurde vom Vorstand mitgeteilt, daß sich der Betrieb in Schlansteln entsprechend der zunehmenden Steigerung der Preise vervielfacht habe.

* **Mansfeld, A.-G. für Berg- und Hüttenbetrieb zu Eisleben.** Im Polsfelder Versuchsschacht wurden in einer Teufe von 70 Metern Kupferschieferlager erbohrt. Bei Bohrungen in der Nähe von Haenigsen wurde in einer Tiefe von 600 Metern klares Erdöl mit starken Zuflüssen angetroffen.

* **Concordia, Chemische Fabrik auf Aktien in Leopoldshall-Staßfurt.** Die außerordentliche, am 27. November stattfindende Hauptversammlung soll beschließen über Erhöhung des Grundkapitals bis 2½ Mill. Mark, mit Dividende ab 1. Juli 1922, sowie Festsetzung der Ausgabebedingungen. 1000 Stück der neuen Aktien werden an die Firma A. Reißner Söhne zum Kurse von 400 Prozent begeben mit der Verpflichtung, diese Aktien den alten Aktionären im Verhältnis von 4:1 zum gleichen Kurse anzubieten. Die weiteren 1½ Mill. Mk. Stammaktien werden dem Dochterwerk der Gesellschaft Gewerkschaft Grube Marie zu 200 Prozent übergeben. Die neuen Aktien sind vorläufig mit 25 Prozent einzuzahlen.

* **Rheinhandelskonzern.** Die Generalversammlung des Stahlwerks Oese, das zur Gruppe der Ver. Eisenhütte und Maschinenbau A.-G. in Barmen und damit zum Rheinhandelskonzern gehört, beschloß, das Aktienkapital um 12 auf 28 Mill. Mk. zu erhöhen. Die neuen Aktien sollen den Aktionären der Ver. Eisenhütte und Maschinenbau A.-G. im Verhältnis von 1:1 zum Kurse von 200 Prozent angeboten werden. Die Kapitalserhöhung erfolgt zur Erweiterung der Anlagen, namentlich des Stahl- und Hammerwerks. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde Generaldirektor Martin Münzesheimer und Generaldirektor a. D. Bergrat Dr. Boernske. Die Verwaltung teilte mit, daß das Unternehmen außerordentlich gut beschäftigt sei und daß auch für das neue Geschäftsjahr ein günstiges Ergebnis erwartet werden dürfe.

* **Aus dem Stumm-Konzern.** Die Hauptversammlung der Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerke setzte die sofort zahlbare Dividende auf 20 (16) Prozent fest. Neu in den Aufsichtsrat wurde gewählt Generaldirektor E. Koengeter (vom Stumm-Konzern). Die Verwaltung teilte mit, daß das Werk zurzeit noch ausreichend beschäftigt sei. — Die Hauptversammlung der Ver. Preß- und Hammerwerke Dahlhausen Bielefeld A.-G. genehmigte den Abschluß und setzte die sofort zahlbare Dividende auf 12 Prozent fest. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde Generaldirektor Verloh (Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerke). — Laut Rh.-W. Ztg. hat der Aufsichtsrat beschlossen, die Gesellschaft aufzulösen und der Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerke anzugliedern. Das Unternehmen wird als Preßwerk Brackwede und als Hammerwerk Dahlhausen der Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerke fortgeführt. Von den zwei Millionen Mark Aktienkapital befinden sich Mark 1 999 000 im Besitz der Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerke.

p. **Düsseldorfer Kurzenbörse** vom 7. Nov. Auf allen Märkten herrschte lebhafte Kauflust zu weiter anziehenden Preisen bei größeren Kursschwankungen. Das wegen Gewinnsicherung an den Markt kommende Material fand glatt Aufnahme. Von schweren Kohlenkuxen waren Graf Bismarck, König Ludwig und Ewald durchschnittlich 2 bis 4 Millionen höher. Bei leichten und mittleren Werten waren Kurssteigerungen von durchschnittlich 200 000 Mark die Kuxe zu verzeichnen. Mörs stellten sich 100 000 Mark höher. Auf dem Kali-Kuxenmarkt war die Tendenz sehr fest; Burbach und Glückauf-Sondershausen konnten 500 000 bis 750 000 Mark gewinnen und blieben weiter gesucht. Auch Kaliaktien waren fester. Auf dem Markt der unnotierten Werte kam es teilweise zu ganz bedeutenden Kurssteigerungen.

p. **Kölner Getreidebörse** vom 7. Nov. Die Aufwärtsbewegung der Preise machte weitere Fortschritte. Die Kauflust tritt bei aller Zurückhaltung der Käufer doch wieder mehr hervor. Es notierten: Weizen 28 500—29 500, Roggen 27 000 bis 29 000, Hafer 30 000—31 000, Futtergerste 28 000—30 000, Mais (grob) 34 000—36 009, Mais (La Plata) 38 000—39 000, Rübkuchen 17 000, Palmkuchen 18 000, Trockenschnitzel 11 000, Zuckerschnitzel 15 000, Wiesenheu 8000—9000, Kleeheu 10 000—11 000, Roggen- und Weizenstroh 8000 bis 8400, Haferstroh 8000—8500, alles die 100 Kilo.

p. **Kölner Warenbörse** vom 7. Nov. Die Käufer zeigten Zurückhaltung. Die Preise haben eine erneute scharfe Aufwärtsbewegung erfahren. Angeboten wurden: Reis (Burma) 450, Rüböl 1550, Salatöl 2015, Graupen 420, Haferflocken 480, holl. Kakao 1450, weiße Bohnen 425, gelbe Viktoriaerbsen 550, Schmalz 2700—2720, alles für 1 Kilo; Rohkaffee (Santos) 2000—2100 das Pfund; Eier 58—60 Mark das Stück.